Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzelexemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

66. Jahrgang | Berlin, den 16. Mai 1928 | Nummer 39

Kernfragen staatlicher Wirtschaftspolitik

Zwangsläufig wird der Staat immer mehr dazu veranlaßt, regelnd mit autoritativer Gewalt in den Ablauf der wirtschaftlichen Beziehungen einzugreifen. Neben den Gesetzen, die Verhältnisse von relativer Dauer begründen sollen, wirkt er durch gesetzliche Notmaßnahmen und durch Akte seiner Verwaltung äußerst bedeutsam und unmittelbar auf die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur ein. So sehr, daß ängstliche Bankberichte schon glauben, sich im Zustand eines Staatssozialismus zu befinden. Unter den staatlichen Verwaltungsakten von besonderer Bedeutung für das Wirtschaftsleben sind in der gegenwärtigen Zeit schärfster Arbeitskämpfe die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse und die Verbindlichkeitserklärungen des Arbeitsministeriums hervorgetreten.

Neben dieser und andrer unmittelbaren Tätigkeit von gestaltendem Einfluß für unsre wirtschaftlichen Verhältnisse bewirkt das staatliche Handeln auf andern Gebieten mittelbar starke Einflußnahme auf die Wirtschaft der Gegenwart. Nahezu alle Tätigkeit der öffentlichen Verbände findet ihr bestes Spiegelbild in den Etats, wo sie als Verursacher von Ausgaben festgehalten wird (bis auf etwa die „Phoebus-Ausgaben", die dort allerdings nicht zu finden sind). Fast 15 Milliarden fließen jetzt durch die Kassen unsrer öffentlichen Verbände (Reich, Länder und Gemeinden) und werden somit solchen Zwecken zugeführt, die durch den Willen dieser Verbände bestimmt sind. Bedenkt man, daß die Summe aller in Deutschland in einem Jahre gewonnenen Einkommen etwa 60 bis 70 Milliarden beträgt, **mag, so ist es keine Frage, daß die Bewirtschaftung eines so erheblichen Anteils durch öffentliche Körper unbedingt von wirtschaftlichem Einfluß sein muß.**

Es genügt zunächst, die Tatsache ganz eminenter Beeinflussung unsres wirtschaftlichen Schicksals durch das Wirken des Staates (mit ihm sind auch alle andern öffentlichen Verbände gemeint) festzustellen, ohne noch die Richtung dieses Einflusses selbst ins Auge zu fassen. Weiter ist wichtig einzusehen, daß diese Wirksamkeit mit großer Zwangsläufigkeit vor sich geht. Für den Umfang seines eignen, unmittelbaren Wirtschaftens zeigt sich das besonders darin, daß die Etats aller Länder sogar noch mehr gewachsen sind als der deutsche; für die zwingende Natur der übrigen Tätigkeit ist ein Symptom das Vorgehen des liberalen, deutschvolksparteilichen, aus dem Rheinland stammenden Reichswirtschaftsministers Curtius gegen die Eisenpreiserhöhung auf Grund der Kartellverordnung, wenngleich der Herr Minister seiner ursprünglichen Haltung nicht lange treu geblieben ist.

Mag, wie gesagt, zunächst die Richtung staatlichen Wirtschaftseinflusses sein wie sie will, eins folgt aus dem Umfang dieser Wirksamkeit mit ebenfalls zwingender Gewalt: in dem demokratisch beherrschten Staate, in dem diese Staatsform nicht zur Übermacht einer Interessenschicht führt, kann es nicht dabei bleiben, wirtschaftliche Wirkungen und damit Lebensschicksale vieler Menschen zu verursachen, ohne bei diesem Handeln weitgehende Verantwortung an den Tag zu legen. Der Staat wird und muß gezwungen werden, all diese Aufgaben wirtschaftsgestaltender Natur, die ihm mehr oder weniger unvermeidbar zugewachsen sind, so durchzuführen, daß sie in ihrer Wirkung den Empfindungen und Interessen des größten Teils unsres Volkes entsprechen. Fragt sich nur, ob dies so ohne weiteres geht oder ob nicht dazu notwendig ist (und wir glauben dies allerdings), daß der Staat, um dies zu erreichen, wiederum den Bereich seines Wirtschaftshandelns zwangsläufig erweitern muß. Dies grundsätzlich deshalb, weil der Staat als bloßer Gesetzgeber kaum einen genügenden Einfluß darauf hat, wie Anordnungen wirtschaftlicher Art sich draußen auswirken.

Wie hat wohl „verantwortliches" staatliches Handeln auszusehen? Holt man sich die Unterlagen zu solchem Urteil aus dem größten Teil unsrer Presse oder gar aus den Veröffentlichungen der Interessenvertretungen der Arbeitgeberschaft Deutschlands, dann besteht solche Verantwortung fast einzig und allein darin, dafür zu sorgen, daß die Bildung neuen Kapitals und der Wiedergewinn einer Rentabilität für die Unternehmungen gewährleistet ist. Man braucht (und darf!) sich des volkswirtschaftlichen Erfordernisses umfassender Kapitalneubildung nicht verschließen (die Propaganda der genannten Stellen hat dafür gesorgt, daß diese Einsicht das volkswirtschaftliche Abc aller gescheiterten Laien geworden ist), es ist aber notwendig, zu erkennen, daß es erstens durchaus noch andre Wege der Kapitalneubildung gibt (Sparguthaben) und daß es für einen, die Gesamtheit vertretenden Staat noch andre Dinge gibt, die er zu beachten hat. Setzt der staatliche Entscheid autoritativ einen Lohn für verbindlich fest oder bestimmt er auch Gehalt für seine Beamten, so entscheidet er über wichtigste Lebensfragen seiner Staatsbürger; er darf den Anteil des arbeitenden Menschen nur so und nur dann begrenzen, wenn er unter genauster Kenntnis aller Umstände bestimmt. Andernfalls ist sein Tun unerhörte Anmaßung, die unbedingt Zurückweisung verdient. Wie heute nur noch wenige Leute wissen, hat das Wirtschaften den Zweck, den Bedarf der Menschen in optimalem Maße sicherzustellen, und lediglich dieser Gesichtspunkt darf die Richtschnur staatlicher Wirtschaftspolitik sein. Die Rücksicht auf die Zukunft (Kapitalbildung) findet dabei ebenfalls Beachtung, sie ist aber nicht einziger (und außerdem einseitig die Interessen der Unternehmer berücksichtigender) Zielpunkt. Ganz die gleichen Fragen wie bei der Lohnfestsetzung ergeben sich auch bei der Gestaltung des Steuersystems.

Eine Zwischenbemerkung ist hier notwendig! Der Staat ist nun allerdings kein vom Himmel gesandtes, objektives und neutrales Wesen, das den Dingen dieser Welt kühl und ausgeglichen gegenübersteht. In ihm kreuzen sich vielmehr die Interessen aller Schichten; bei seinem demokratischen Charakter kann und darf es aber nicht unmöglich sein, seinem Handeln unter der Kontrolle des stärksten herrschenden Bewußtseins die Richtung des Interesses der abhängig arbeitenden Menschen aufzuzwingen, das letzten Endes doch das Interesse aller ist.

Als die unumgängliche Konsequenz seiner folgenschweren Wirtschaftsbeeinflussung hatten wir die Notwendigkeit erkannt, daß der Staat sich zunächst die genaueste Kenntnis aller Umstände verschaffen muß. Letzten Endes ist dies nicht vollständig möglich, wenn der Staat nicht selbst in der Wirtschaft steht, wenn er nicht Teil an ihr hat und nicht mehr nur als Gesetzgeber von außen einwirkt, aber der nächste Fortschritt wird doch wohl darin bestehen, daß er zunächst dort, wo er schon das formale Recht hat, durch eingehende Untersuchungen die Wirtschaftszustände erforscht. Unter diesem Gesichtspunkt sind die „Schmalenbach-Gutachten", die kürzlich von einer Kommission, in den neben dem Vorsitzenden, Professor der Betriebswirtschaftslehre Schmalenbach, je zwei Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer saßen, über die Wirtschaftsverhältnisse in dem Braunkohlen- und Steinkohlenbergbau erstattet wurden, von grundsätzlicher Bedeutung, Wohlgemerkt, sie sind von grundsätzlicher Bedeutung, ihr unmittelbarer Wert bedarf besonderer Diskussion. Es ist der eingeschlagene Weg, der selbst auch noch keineswegs die letzte Vollendung darstellt, der aber doch richtungweisend sein kann.

Beim Braunkohlengutachten erstreckte sich die Tätigkeit darauf, alle Umstände zu erforschen, die für das Problem der Preisbildung von Bedeutung sind und vornehmlich in der Absatzorganisation nach Ersparnismöglichkeiten zu suchen. Es ist dies das einzig mögliche Verfahren, wenn das gewonnene Urteil Unterlagen für einen staatlichen Akt liefern soll. Andernfalls würde ja die durch Forschungen gestützte amtliche Wirtschaftspolitik dazu führen, dort, wo Fehlbildungen in der Wirtschaft vorhanden sind, sie durch Schutz zu stützen. Jede öffentliche Untersuchung muß sich auf den ganzen Komplex erstrecken und muß ermitteln, ob durch unwirtschaftliche Konstruktionen die Wirtschaftspolitik gehemmt, die Lebensverhältnisse der arbeitenden und konsumierenden Menschen gemindert werden.

Das Braunkohlengutachten hat so unter anderm bei den beiden untersuchten Syndikaten (dem ostelbischen und dem mitteldeutschen Braunkohlensyndikat) ganz erhebliche Mißstände festgestellt; diese Organisationen haben keine Kostensenkung, sie haben vielmehr eine Kostenerhöhung ermöglicht, die dann in der Form von hohen Preisen und niedrigen Löhnen von andern Schultern getragen werden müssen. Beim Gutachten über den Ruhrkohlenbergbau hat sich die Kommission auf die Ermittlung der gegenwärtigen Selbstkosten beschränkt; sie hat sich über viele Umstände, die von der Wirtschaftslage und von der richtigen Art wirtschaftspolitischer (preis- und lohnpolitischer) Beeinflussung ein Bild vermitteln können, eines Urteils enthalten. So untersucht dieses Gutachten nicht, welche Kostenerhöhung dem Ruhrbergbau durch den Konkurrenzkampf mit der englischen Kohle in den umstrittenen Gebieten erwachsen und der entweder vorübergehend oder unsinnig ist. Diese Kosten sind aber ganz gewaltig (sie betragen jetzt 1,38 M. pro Tonne und sollen um 30 Pf. erhöht werden, monatlich sind das jetzt 12—13 Millionen). Es wurde weiter nicht ermittelt, in welchem Maße in den gegenwärtigen Selbstkosten vorübergehende Selbstkosten enthalten sind, die ihre Ursache in dem besonderen Aufwand der Rationalisierung finden. Keinesfalls könnte deshalb ein solches Gutachten die Grundlage für einen wirtschaftspolitischen Akt des Staates abgeben.

Auf die weiteren Einzelheiten der Gutachten, die außerordentlich beachtenswert sind, soll hier, wo es sich um das Herausstellen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftspolitik handelt, nicht eingegangen werden. Sie zeigen uns auf jeden Fall, daß, so notwendig und wichtig der Weg staatlicher Wirtschaftsforschung ist, er doch auch Gefahren enthält, wenn nicht mit stärkstem Nachdruck darauf gedrungen wird, daß das öffentliche Erkenntnisstreben nicht bei Einzelfragen haltmacht; es muß vielmehr gezwungen werden, immer den letzten verursachenden Anlässen wirtschaftlicher Notstände nachzuspüren, sonst wird dieser Weg nicht ein Mittel allgemeiner Förderung, sondern eins der Konservierung gefährlicher Einrichtungen.

Hans Müller.

Das „geistige" Wahlziel

„Jede Partei hat zwei Wurzeln, eine weltanschauliche und eine wirtschaftliche", belehrt uns die „Deutsche Arbeitgeberzeitung". In der guten alten Zeit habe zum Beispiel eine politische Partei vor allem ihre Kraft aus der weltanschaulichen Wurzel gesogen, jetzt fließe leider diese Kraft, das heißt der Strom der Wahlzettel, immer mehr aus der wirtschaftlichen Wurzel. Das müsse wieder anders werden. Eine materielle Gesinnung sei eines großen Kulturvolkes nicht würdig. Es sei ganz falsch, zu fragen: Wer gibt dir kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, höhere oder niedrigere Zölle, höhere oder niedrigere Mieten? Richtig sei die Frage: Wie hältst du es mit der Religion? Wie stellst du dich zur Schulfrage? Was meinst du dazu, daß unsre staatliche Souveränität in unerträglicher Weise beschnitten ist, daß die Schuldlüge noch immer auf uns lastet, daß im Staat und in der Regierung Verantwortung nirgends vorhanden ist? — Weltanschauungskämpfe seien zwar erforderlich, aber von der Wirtschaft lasse man die Finger!

Wir verstehen diese Sorge der Unternehmer um eine so erhabene Sache wie die Weltanschauung. Bisher stand das Kapital wohlgeborgen hinter dem Schutzschild der sogenannten bürgerlichen Weltanschauung. Der schwarzblaue Block aus der wilhelminischen Zeit hat sich als Bürgerblock in die Republik hinübergerettet. Aber diese „bürgerliche" Weltanschauung beginnt arg brüchig zu werden und bedarf dringend einer Reparatur. Kein Wunder, diese unwahrhaftigste aller politischen Ideen erfreut sich ja nicht mehr wie früher einer allerhöchsten Protegierung, sondern wird im demokratischen Staat rücksichtslos in den Kampf um die öffentliche Meinung hineingezogen. Aber noch sind Millionen deutscher Staatsbürger von ihr befangen, und es wird noch lange dauern, bis die egoistische Verbindung zwischen christlicher und nationaler Anschauung gelöst sein wird.

Je mehr der Weltanschauungsnebel zergeht, um so deutlicher müssen sich die realen Mächte zeigen, die er bisher verdeckt hat. Mehr als zwei Drittel des deutschen Volkes stehen als Arbeiter gegen eine kleine kapitalistische Gruppe und ihren Anhang. Dazwischen steht noch eine größere, wirtschaftlich neutrale Schicht, wie die Klein- und Mittelbauern, Teile des Bürgertums und andre, die heute noch dem Kapital blind Gefolgschaft leisten. Würde sich die ganze Arbeiterschaft ihrer Klassenlage bewußt und würde sie entsprechend wählen, dann hätte sie die verfassungsänderende Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Sie hätte es in der Hand, die schlimmsten sozialen Mißstände sofort auszuschalten und könnte mit dem Aufbau des sozialen Volksstaates beginnen. Wenn heute die Arbeiterschaft in der Minderheit ist und die Aussichten auch nur auf die einfache Mehrheit noch für längere Zeit gering sind, verdanken wir das den „Weltanschauungen", die letzten Endes nur dazu dienen, die klare Front zwischen Arbeit und Kapital zu verwirren, die neutralen Schichten an das Kapital zu binden und Millionen von Arbeitern in das Lager ihres Klassengegners zu ziehen.

Es wäre sinnlos und dumm, behaupten zu wollen, daß der Kampf der Parteien nicht in erster Linie um wirtschaftliche Fragen gehe. Auch die Arbeiterschaft stellt ganz bewußt wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. Sie verzichtet damit keineswegs auf geistige oder weltanschauliche

Ziele. Sie trägt nur der selbstverständlichen Tatsache Rechnung, daß erst die materielle Grundlage geschaffen werden muß, bevor an den kulturellen Aufbau gedacht werden kann. Mehr Freiheit, größerer Anteil am Arbeitsertrag, größere soziale Sicherheit sind die unerläßlichen Voraussetzungen auch für die Erreichung geistiger Ziele. Es mag sein, daß bürgerliche Parteien mehr mit Weltanschauungsware hausieren gehen, wenn es gilt, Wähler zu finden. Das ändert nichts an der Tatsache, daß sie in Wirklichkeit die eigentlich materialistischen Parteien in dem verwerflichen Sinne sind, in dem sie dieses Wort für andre gebrauchen. Ihre Aufgabe ist der Schutz und die Erhaltung des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems, Schutz einer Ausbeutung zu ihren Gunsten, die vom sittlichen Standpunkt nichts ist als Diebstahl, Niederhaltung der Arbeiterklasse und damit auch Verhinderung einer wirklichen Kultur und eines neuen geistigen Aufschwungs.

Gerade in den bürgerlichen Parteien geht jetzt eine eigenartige Entwicklung zu rein wirtschaftlichen Interessenvertretungen vor. Das vom großen Bruder geneppte Kleinbürgertum macht unter der Firma Wirtschaftspartei, Aufwertungspartei, Hausbesitzervereinigung u. a. eigne Läden auf. Selbst der Landbund droht mit eignen Listen, die mit Weltanschauung gar nichts, aber mit Zöllen viel zu tun haben. Auch das Unternehmertum selbst beginnt offen vorzudrängen. Industrielle sollen als Kandidaten in den Reichstag geschickt werden und jede Partei wird mit Geld unterstützt, die sichere Kandidaturen zur Verfügung stellt. Diese Entwicklung wird viel dazu beitragen, daß der Weltanschauungsnebel immer durchsichtiger und je eher desto besser verschwinden wird.

Das Kapital kann den Wahlkampf nur mit Erfolg führen, wenn es die klare Front: Arbeit gegen Kapital, verwirrt. Offene Irreführung, Zersplitterungsmanöver in die Reihen der Arbeiterschaft hinein: so kämpft das Kapital. Infolgedessen muß Aufklärung und Zusammenschluß auf dem Boden der Demokratie unsre Antwort sein. Wir müssen dafür sorgen, daß für den nächsten Reichstag ein Bürgerblock unmöglich wird. Ggh.

Politische Wahlen mit sozialem Hintergrund

Zwei Momente sind es, die der modernen Welt das Gepräge geben: die wundervolle Prosperitätsperiode, die Amerika im Banne hält, und die kapitalistische Erneuerung Deutschlands seit 1924. Letzteres Moment ist durch die verschiedenartigsten Begleiterscheinungen noch mehr in die Augen springend als ersteres, weshalb wir uns besonders mit diesem beschäftigen wollen. Wie der amerikanische, so ist der deutsche Aufstieg beispiellos in der Geschichte der ökonomischen Entwicklung. Über diesen Aufstieg spricht man draußen in der Welt in den rosigsten Farben. Deutschland ist trotz Besiegung im Kriege im raschen Tempo zum Zentralknotenpunkt des europäischen Wirtschaftssystems geworden. Wie aber wurde diese wirtschaftliche Auferstehung zustande gebracht? Joseph Wirth, der Oppositionsmann in den Zentrumsreihen, hat in der Schlußsitzung des dahingegangenen Reichstages wahre Worte gesprochen, als er sagte: „Wir mußten, um die ersten Reparationsleistungen zahlen zu können, die Arbeiterschaft mit einem empfindlichen Lohnabbau belasten. Daß die Gewerkschaften aller Richtungen diesem Lohnabzug zugesehen haben (weil sie durch den Übergang zur Stabilisierung geschwächt waren), darin liegt die sittliche Größe der Arbeiterschaft. Die Besitzlosen, die ärmsten Söhne unsres Volkes, haben uns in dieser schwersten Zeit mehr geholfen als die Besitzenden, die Bildung und Besitz nur für sich in Anspruch nehmen."

Braucht es zur Darlegung der Stabilisierungsperiode noch weiterer Worte? Nein! Die Arbeiterschaft lebte unter den grausamsten Verhältnissen: Der Achtstundentag war verschwunden und obendrein stand der Lohn tief unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Und was sehen wir heute? Zur Arbeitszeit ist folgendes zu sagen: Zunächst muß festgestellt werden, daß von den Industriearbeitern wenigstens die Hälfte einen Arbeitstag hat, der über acht Stunden liegt. Und der Lohn? Der Vorkriegslohn ist noch lange nicht erreicht. Aber selbst wenn das in einer Anzahl von Industrien der Fall sein sollte, ist das ein Grund haltzumachen? Die Welt von 1914 hat sich gründlich verändert. Es sind neue ökonomische Begriffe entstanden. Henry Ford, der in den letzten Wochen in England weilte, erklärte einem Korrespondenten des „Manchester Guardian": „Das Wichtigste, was die Völker noch zu lernen haben, ist das Problem des Lohnes. Solange hier nicht der Hebel angesetzt wird, gibt es keine richtigen Absatzmärkte. Ein Volk, das zu nacktestem Lebensunterhalt nicht genug hat, kann keine Märkte erzeugen. Englands Lohnstandard ist zweifellos viel besser, als derjenige aller andern Länder, aber auch selbst England muß die neue Theorie aufnehmen. Die Menschen haben Angst, den Kreis ihrer Bedürfnisse zu erweitern, solange sie einen geringen Lohn verdienen."

Wer wollte leugnen, daß sich um diesen Punkt alle volkswirtschaftliche Erkenntnis dreht? Wohl hat der als internationaler Sachverständige von Unternehmerseite gepriesene Professor Cassel die Behauptung aufgestellt, die Gewerkschaften verursachten durch ihre Lohnpolitik wirtschaftliche Krisen, aber dieser Mann der „Wissenschaft" steckt bis über die Ohren in der alten Manchesterlehre, die heute nachgerade keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Die Zeiten des Frühkapitalismus mit seiner Lehre vom „freien Spiel der Kräfte" sind vorbei, und selbst einsichtige Wissenschaftler sprechen das offen aus. Es sei nur an Keynes, den berühmten englischen Volkswirtschaftler, erinnert, der in Deutschland durch seinen Kampf gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bekannt wurde und der die Manchesterlehre als wissenschaftlichen Unsinn bezeichnet hat. Als weiteres Beispiel möge das Vorgehen der englischen liberalen Partei gelten, die jüngst einen aufsehenerregenden Bericht in Form eines Gelbbuches veröffentlichte, das neue Wahlprogramm des englischen Liberalismus enthaltend. Dieses Programm verlangt unter anderm, daß der Staat als überragende Wirtschaftsmacht bestimmenden Einfluß auf das Wirtschaftsgetriebe erhalten soll. Alle Unternehmungen, die mehr als 50 Proz. der Produktion auf sich vereinigen, sollen der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Auf Deutschland angewandt, müßten Farbenindustrie, Vereinigte Stahlwerke, um nur einige zu nennen, unter Staatskontrolle kommen. Kooperation unter staatlicher Kontrolle ist es, was das Zeitalter der Rationalisierung fordert. Deutschland zeigt sich hier in einer gar eigenartigen Stellung, wie die Haltung der Schwerindustrie beweist, die gegen eine unter Staatsaufsicht stehende Kartellierung oder Trustifizierung Sturm lief, weil es angeblich ein „Rückfall in die Zwangswirtschaft bedeute". Der zusammengebrochene Bürgerblock setzte Stein und Bein in Bewegung zur Ausschaltung jedweder Staatskontrolle. Und doch, welchen Weg geht die neuste Entwicklung der Kartellierung und Trustifizierung? Werfen wir zur Kennzeichnung der jüngsten Phase kapitalistischer Expansion einen Blick auf die chemische Industrie. Vor dem Kriege war Deutschland das weitaus wichtigste Land für chemische Produkte: 80 bis 90 Proz. der Weltproduktion lieferte es. Der Weltkrieg schaltete Deutschland vorübergehend vom Weltmarkt aus, während welcher Zeit sich die Industrie in den andern Ländern ausdehnte. Heute finden wir, wie Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien sich mit ihren eignen Produkten eindecken. In 1924 blieb die deutsche Produktion ganz bedeutend hinter derjenigen von Frankreich, England und Amerika zurück, aber in 1926 schon hatte es ein gutes Stück seiner früheren Position zurückerobert: seine Produktion repräsentierte einen Wert von einer Milliarde, die amerikanische 680 Millionen, die englische 500 Millionen, die französische 460 Millionen Mark. Der deutsche Vorsprung in 1927 ist ein gewaltiger. Diese Entwicklung strebt nicht nur allein zur nationalen, sondern internationalen Kartellierung und Trustifizierung. Geradezu Selbstmord wäre es, wollte die Arbeiterklasse dieser Entwicklung gegenüber politische Abstinenz treiben. Der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterschaft verlangt nach politischer Macht, die nur auf parlamentarischem Boden sich auswirken kann. So zeigt sich, wie Wirtschaft und Politik ineinandergreifen und wie wahr es ist, daß die kommende Wahl eine politische Wahl mit sozialem und wirtschaftlichem Hintergrunde ist. Es kommt darauf an, dahin zu streben, aus dem modernen Staat durch eine Erweiterung seiner Funktionen einen sozialen Kulturstaat zu machen. Die kommende Wahl ist also ganz besonders eine wirtschaftliche Angelegenheit, die jeden einzelnen Gewerkschaftskollegen angeht. Mit großer Spannung erwartet die ganze Welt den Ausfall der deutschen Reichstagswahl. B. Weingartz (Köln).

Sinn und Berechtigung wirtschaftspolitischer Schlagworte

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist das Schlagwort geschaffen. Es spielt im öffentlichen Leben in der Propaganda eine große Rolle und erfüllt oft besser seinen Zweck als großzügig angelegte Reden und umfangreiche Abhandlungen. Es drückt in einem oder einigen Worten einen Tatbestand oder eine Meinung aus und ist wegen seiner Kürze beliebt. Das alles aber ändert nichts an der Tatsache, daß sein Inhalt oberflächlich und irreführend sein kann. Immerhin, es hat in der Agitation seine Vorzüge, und nicht zuletzt wird es deshalb im wirtschaftlichen Interessenkampfe besonders von dem gut ausgebauten Propagandaapparat des Unternehmertums ausgebeutet. Schon seit einigen Monaten sind die Worte: Mengenkonjunktur, Inlandskonjunktur, Selbstkostenkrise und Selbstfinanzierung in der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion zu Hause. Was besagen diese Begriffe und welche Berechtigung wohnt ihnen inne?

Seit etwa zwei Jahren durchlebt die deutsche Wirtschaft eine Epoche der Hochkonjunktur. In gewaltigen Produktionssteigerungen und verstärkter Umsatztätigkeit hat diese ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden. Wenn der Unbefangene liest, daß im vergangenen Jahre die Steinkohlenförderung des letzten Vorkriegsjahres um 9 Proz., die Braunkohlengewinnung um 73 Proz., die Produktion von Eisen um 20 Proz., von Rohstahl um 38 Proz., von Walzwerkprodukten um 17 Proz. überschritten wurde, und daß die Zahl der zum Gütertransport benötigten Wagen gegenüber dem besten Hochkonjunktursjahre der Vorkriegszeit 1913 um 12 Proz. gestiegen ist, so sind diese Angaben geeignet, den gesunden Menschenverstand folgern zu lassen, daß dadurch auch große Gewinne an die Unternehmer abgefallen sein müssen. Er schlußfolgert durchaus richtig und vernünftig, daß mit steigender Produktion und steigendem Umsatz auch der Verdienst gestiegen ist. Das war, wie wir unten noch sehen werden, ja auch tatsächlich der Fall, aber das Unternehmertum kann das auf keinen Fall zugeben, da sonst die „Begehrlichkeit der Arbeiter" nur wachsen könnte, was zu verhindern spezielle Aufgabe des im Unternehmersolde stehenden Syndikus und Journalisten ist. Diese haben dann auch bald den richtigen Ausdruck für diese Sachlage gefunden, indem sie die Behauptung aufstellten, gewiß, die Produktion und der Umsatz sind gewaltig gestiegen, aber erhöhte Gewinne waren damit nicht verbunden, denn es handelte sich um eine Mengenkonjunktur.

Das also ist Sinn und Zweck dieses Schlagwortes. Welcher Grad von Wahrheit und damit innerer Berechtigung es in sich birgt, mag folgende Betrachtung erhellen. Nach einer Zusammenstellung über die Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1926 und dem 30. Juni 1927 haben sich die Rentabilitätsverhältnisse erheblich gebessert. Bei über 3000 erfaßten Aktiengesellschaften ist im Geschäftsjahre 1926/27 das bilanzmäßige Eigenkapital um über 385,5 Millionen Mark, der ausgewiesene Jahresreingewinn um mehr als 178,8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Die Zahl jener Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist erheblich zurückgegangen, während 8,9 Proz. aller erfaßten Gesellschaften eine Dividende von über 10 Proz. auszuschütten in der Lage waren. Die Dividende ist gewiß ein recht unzuverlässiger Gradmesser für die Beurteilung der Rentabilität, denn sie ist nur einer von den vielen Kanälen, durch die den Besitzern von Aktienpaketen die Betriebsgewinne übermittelt werden. Immerhin zeigt auch die erhöhte Dividende, daß die Mengenkonjunktur der letzten Jahre in steigenden Gewinnen ihren Niederschlag gefunden hat.

Ein weiteres, ebenfalls augenblicklich stark im Gebrauch befindliches wirtschaftspolitisches Schlagwort ist: „Inlandskonjunktur". Auch dieses Wort enthält einen starken pessimistischen Unterton. Es besagt, daß der größte Teil der von der heimischen Wirtschaft erzeugten Güter im Inlande verbraucht wird. Das soll nach Unternehmeraufassung ein Übelstand sein. Eigentlich war es nie anders. Denn schon in Vorkriegszeiten betrug die Ausfuhr nur etwa den zehnten Teil aller im Inlande erzeugten Werte. Wir haben ausgeführt:

Monatsdurchschnitt 1913 .	für 841,4	Millionen Mark
Monatsdurchschnitt 1927 .	für 851,6	Millionen Mark
Monat Januar 1928 .	für 862,1	Millionen Mark
Monat Februar 1928 .	für 942,3	Millionen Mark

Gewiß ist mengenmäßig die Ausfuhr zurückgegangen, wenn wir die Geldentwertung berücksichtigen, wobei allerdings nur eine Umrechnung über den Großhandelsindex in Frage käme, denn im Ausfuhrgeschäft werden Großhandelspreise bezahlt. Freilich sind auch die Arbeiter an steigender Güterausfuhr interessiert, aber sie erblicken im Inlande den Hauptabsatzmarkt. Es gibt ja auch große Staaten mit hochentwickelter Wirtschaft, bei denen der Auslandsmarkt herzlich wenig Beachtung findet. Hier sei nur an die Vereinigten Staaten von Nordamerika erinnert. Gewiß hat Amerika für seinen Absatz, wie es in den Amerikaberichten immer heißt, ein großes „Hinterland". Aber das haben wir auch. Unser Hinterland für den Absatz sind die 63 Millionen Menschen, deren Güterverbrauch noch lange nicht den Sättigungsgrad erreicht hat. Es kommt nur darauf an, diesen Markt kaufkräftig zu gestalten und zu erhalten. Allerdings geht das nur über die Einkommensbildung, also über die Lohngestaltung. Wird dieser Markt kaufkräftig gehalten, dann bietet er für die Stetigkeit des Warenabsatzes und damit der Wirtschaftskonjunktur dieselben Garantien wie der Auslandsmarkt. Dann wäre die Unternehmerklage, wir haben „nur" eine Inlandskonjunktur, hinfällig. Unser Unternehmertum findet es bequemer, zu klagen, als auf dem vorgezeigten Wege Abhilfe zu schaffen. Hier Abhilfe schaffen können deshalb nur starke Gewerkschaften.

Die „Mengenkonjunktur" hat ein neues Schlagwort geboren, die „Selbstkostenkrise", denn diese ist nach der Beweisführung der Unternehmer als Folge der Mengenkonjunktur eingetreten. Weil eben die Gewinne am Einzelprodukt zu gering waren, oder gar mit Verlust gearbeitet wurde, stellten sich die Selbstkosten über die erzielten Preise und die „Selbstkostenkrise" war da. Diese besteht nun schon — immer nach Unternehmermeinung — eine geraume Zeit. Ihre unausbleibliche Folge müßte eigentlich der völlige Wirtschaftszusammenbruch sein, aber davor hat uns das Schicksal ja erfreulicherweise bewahrt. Also scheint auch dieses Schlagwort nicht zu stimmen. Und das scheint nicht nur so, es stimmt wirklich nicht. Die Argumentation des Unternehmertums erinnert an jenen Schankwirt, der einem Gast im Brusttone der Überzeugung erklärte, an jedem verkauften Glas Bier setze er zwei Pfennige zu, und auf die Frage des erstaunten Gastes, wie er denn dann überhaupt bestehen könne, prompt antwortete: „Ja, die Menge muß es bringen". Die Menge (Mengenkonjunktur) hat es auch wirklich gebracht, aber nicht weil die Erlöse niedriger waren als die Selbstkosten, sondern im Gegenteil zwischen diesen und dem Verkaufspreis eine viel zu große Differenz liegt.

Außerdem hat die deutsche Industrie in den letzten beiden Jahren gewaltige Rückstellungen, Neuanschaffungen und Modernisierungen vorgenommen. Nicht, indem sie die dazu notwendigen Kapitalien auf dem Kapitalmarkte erhalten hätte, sondern gleich aus erster Hand zurückbehielt. Das ist die Methode der Selbstfinanzierung, wovon die „Kölnische Zeitung", ein führendes deutsches Unternehmerblatt, sagt, daß es ein häßliches Schlagwort sei. Häßlich sicherlich deshalb, weil es im Gegensatz zu den andern Schlagworten ein großes Stück Wahrheit in sich birgt. Auf Kosten der Löhne vollzog sich diese Kapitalbildung.

Sie ist aber nur bis zu einem gewissen Grade wirtschaftsfördernd. Wird dieser überschritten, dann tritt Überkapitalisierung ein, deren Folge unnötige Belastung ist, die wiederum in hohen Preisen fühlbar wird. Und das ist heute bereits in hohem Maße der Fall.

Das Unternehmertum verfügt über einen glänzend ausgebauten Presseapparat, mit dessen Hilfe es die öffentliche Meinung auch durch die oben zitierten Schlagworte für sich zu gewinnen versucht. Diese richtigzustellen und ihren wahren Sinn zu enthüllen, ist Aufgabe der Arbeiterpresse, die wirtschaftlichen Übelstände, die das Schlagwort bezeichnet, aber zu beseitigen, ist Aufgabe der Gewerkschaften. F. B.

Die „Pressa" am Eröffnungstage

Köln atmet auf. Nicht nur im Vorgefühl der kommenden Ereignisse. Mehr noch im Hinblick auf den Abschluß einer gewaltigen Arbeit. Was in der rheinischen Metropole, besonders in den letzten Wochen, geleistet, wie geschaufelt, gebohrt, gehämmert, gemauert, angestrichen und — gedruckt worden ist, übersteigt das Maß des Alltäglichen und fast des Glaublichen. Das Wühlen und Schichten unter und über der Erde, das Umformen ganzer Straßen und Straßenbahnlinien, das Anlegen neuer Beleuchtungskörper und sogar Scheinwerfer, die den malerisch schönsten Teil Kölns, wie den Dom mit dem anschließenden Komplex spitzgiebeliger Häuser sowie andre architektonisch wertvolle Kirchen und die Rheinbrücken, in magisches Licht tauchen sollen — alle diese Arbeiten sind nun so ziemlich zum Stillstand gekommen. Tausende fleißiger Hände werden auf eine Weile entspannt. Das Heer der Kopf- und der Handarbeiter darf kurze Rückschau halten über das Werk, an dessen Gelingen sie alle lebhaften Anteil haben, bis neue Pflichten, neue Erfüllungen rufen.

Vorbesichtigung — Die offizielle Eröffnungsfeier

In einer Vorbesichtigung der Pressevertreter tags vor der offiziellen Eröffnung packte uns ein gelindes Grauen beim Anblick des noch unfertigen Innern der Ausstellung. Wir stolperten über allerlei Hindernisse und konnten den suchenden Blick an mancher leeren Wand ausruhen lassen. Besonders eifrige Stürmer wurden für ihren Tatendrang mit einem gut umgedruckten Farbfleck an Rock oder Mantel belohnt. Und siehe da: 24 Stunden später sah es in diesen Räumen schon ganz anders aus!

Am Eröffnungstage also war die „Pressa", zwar nicht bis zum letzten Strich und Faden, aber doch — vorsichtig gesagt — in weitem Maße vollendet.

Am 12. Mai war es zunächst wieder eine Schar besonders Geladener, die an Hand einer mit dem schönen Notabene-satz: „Schwarzer Rock und hoher Hut" (auch so etwas gibt es noch — und dann im Mai!) bedruckten Einlaßkarte die Schwelle der bedeutungsvollen Stätte überschritten, um dem feierlichen Eröffnungsakt beizuwohnen. Leider war der Himmel an diesem Tage nicht in guter Verfassung und ließ Regen auf die hohen, glattgestrichenen Glanzhüte tropfen. Aber drinnen in der großen Festhalle durften sich bald die Gesichter der etwa 5000 Teilnehmer wieder aufhellen. Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Vorsitzender des Präsidiums der Internationalen Presseausstellung und ihr geistiger Urheber, begrüßte die Vertreter von 43 Staaten und des Völkerbundes, dankte der preußischen und der deutschen Regierung für lebhafte Unterstützung, drückte seine Genugtuung über die erfreulich große Gefolgschaft Gutenbergs aus und faßte den Sinn seiner kurzen Ansprache in den Hoffnungsakt zusammen, daß diese Ausstellung ein Werk des Friedens werden möge. Dann sprachen noch der Generaldirektor der „Pressa", Dr. Esch, über die geistige und fachliche Bedeutung der Ausstellung, der preußische Ministerpräsident Otto Braun über deren politische Bedeutung in famos herausgestellter republikanischer Auffassung, und schließlich konnte nach einem Hinweis auf das historische Köln Reichsarbeitsminister Dr. Brauns namens der Republik die Ausstellung für eröffnet erklären. Die Reden wurden von instrumentalen und gesanglichen Darbietungen größten Formats umrankt. Nach Verklingen des Finales mit Schlußchor über Schillers „Ode an die Freude" aus der Neunten Sinfonie Beethovens war der feierliche und großartige Eröffnungsakt vollzogen, der auf allen deutschen Sendern und auf dem österreichischen hinausgetragen wurde. Leider war das vorher nur ungenügend bekannt gegeben. Abends gab es Festvorstellungen: im Schauspielhaus Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten", im Opernhaus Mozarts „Figaros Hochzeit", und als krönenden Abschluß Feuerwerk und Illumination

Der erste Eindruck von der „Pressa" — Das äußere Bild

Die Weltkulturschau am Rhein hat also ihre Hallen den erwartungsvollen, staunenden oder bewundernden und je nach Sachkenntnis natürlich auch kritischen Augen des vieltausendköpfigen Betrachters Publikum geöffnet. Wie weit sich im Verlauf des halben Ausstellungsjahres die Tausende addieren lassen, was Hoffnung blieb und was Wirklichkeit wurde, darunter ist erst nach Oktober der prüfende Schlußstrich zu ziehen. Da es sich um eine ungemein wichtige, für jeden einigermaßen geistig Regsamen hochinteressante Schau handelt, besteht kein Anlaß zur Befürchtung, wenn kühne Hoffnungen auf leichten Schwingen hinansteigen.

Die Bedeutung der „Pressa", die den Lesern des „Korr." seit länger als Jahresfrist in einer größeren Anzahl von Artikeln erläutert wurde, bedarf also insbesondere für Buchdrucker keiner lauten Betonung mehr. Wir wollen uns deshalb für heute damit begnügen — zumal im Innern der Ausstellung zurzeit unsern Blicken noch manches wertvolle Stück verborgen sein wird —, die frischen Eindrücke, die wir beim ersten, mehr äußerlichen Betrachten des Werkes gewannen, nebst den dazugehörigen Begleiterscheinungen mitzuteilen.

Wir gehen durch das geputzte und beflaggte Köln nach Deutz, dem jenseitigen Rheinufer zu, und stehen mitten auf der Rheinbrücke einen Augenblick gebannt von dem architektonischen Bild, das sich uns nunmehr auch auf dem rechten Rheinufer bietet. Ein Bild, anders zwar als das von vielen gekannte und in aller Welt gepriesene der linken Kölner Rheinseite, aber in seiner Eigenart von monumentaler Wirkung. Links des Rheins das alte Köln, noch zum Teil an mittelalterliches Handwerk und Zünfte, d. h. an geruhsamen Geist, erinnernd; dort, wo auch im 15. Jahrhundert Ulrich Zell, Kölns erster Drucker, seine Werkstatt hatte. Rechts des Rheins die neue Zeit in den Formen moderner Technik und Industrie. Dazwischen liegt Deutschlands großer, für den Westen unsres Landes politisch und geschichtlich bedeutungsvoller Strom, der Rhein, und viele Schiffe ziehen vorüber, abwärts und aufwärts, befrachtet mit industriellen Produkten des Ruhrgebietes oder belebt mit hochgestimmten Touristen, die den Gefilden der fröhlichen Weinberge zueilen, um einen Schimmer Romantik einzufangen. Immer aber ist es ein buntes, lebendiges Bild, das uns die Wellen des majestätischen Stroms darbieten.

Vom Kölner Rheinufer oder von der Mitte der Dombrücke aus gesehen, bekommen wir vom Hauptgebäude der „Pressa" mit den architektonisch prachtvoll wirkenden vertikalen Mauereinschnitten und dem das Ganze organisch verbindenden Turm einen ruhigen, feinen Eindruck. Allerdings, schaut man zurück auf das alte Köln, so mag einem eine gewisse Disharmonie aufstoßen. Auch die Bogenbrücke will nicht recht in das „Pressa"bild hinüberfließen, ähnlich wie das würfelförmige Hochhaus ins Gesamtbild der Altstadt nicht recht zu passen scheint. Aber so, wie die „Pressa" gebaut ist, kann sie an sich als sinnvoll schönes, ideales Ausstellungswerk bezeichnet werden. Eine räumliche Beengung — das braucht nicht verschwiegen zu werden — macht sich leider am mittleren Zugang an der Südseite durch die Brückenrampe und an der Ostseite durch den Deutzer Bahnhof bemerkbar. Hier müßte die Vorflucht größer sein. Dagegen erstreckt sich nach Norden, den Rheinstrom entlang, das Ausstellungsgelände in weiten, nicht gestörten Bahnen. Gleichsam eine Ausstellung — sowohl räumlich wie stilistisch — für sich ist die zwischen zwei Rheinbrücken stehende Kulturhistorische Abteilung. Ein wohlgelungener Bau, aus dem Grundriß einer alten Kürassierkaserne entstanden. Von hier aus nimmt der Ausstellungsbesucher am besten seinen Anmarsch. Er macht dann den Weg zur Haupthalle, West- und Ostseite, wo ihn gleich eine Fülle von Erzeugnissen neuster Technik umfängt. Hier befinden sich auch die Ausstellungen unsres Verbandes, des Bildungsverbandes und des ganzen graphischen Gewerbes. Dann geht es weiter, nach einer eventuellen Besteigung des herrlichen „Pressa"turms, durch hübsche Gartenanlagen zum Staatenhaus, dessen Front in halbkreisförmiger Einbuchtung sehr dekorativ gestaltet ist. Anschließend kann man im Freigelände beliebige Pavillons besuchen, darunter vor allem das Haus der Arbeiterpresse. Von hier aus ist links das Rheinterrassenrestaurant mit schönem Ausblick auf Köln; rechts die Straße der Zeitungen und Verlage. Und dann nach ernstem Studium läßt man sich je nach Laune, Zeit und Geld weiter nördlich in den Vergnügungspark, in das Weindorf (aber, Kollege, tue Geld in deinen Beutel!) oder dergleichen treiben. Entweder man spaziert durch die Ladenstraße zwischen hübschen Anlagen hindurch, oder man läßt sich mit der kleinen Ausstellungsbahn, genannt „Der feurige Elias", dorthin befördern. Wir müssen unsre heutigen Betrachtungen hiermit beenden und eine eingehende Beleuchtung der einzelnen wichtigen Abteilungen auf spätere Tage verlegen, wenn hoffentlich das ganze Innere der Ausstellung ein ungetrübteres Widerspiel vermittelt. Pfingsten wird man hierfür ruhig abwarten können.

Unsern ersten, flüchtigen Eindruck von der „Pressa" zusammenfassend, möchten wir noch sagen: Was dort in Köln-Deutz auf jenem Gelände, wo 1914 die große Werkbundausstellung durch den Krieg so jäh abgebrochen wurde, entstand und zum Teil vor kurzem noch rauhe, unebene Erde, Eisengerippe, roher Stein war, dann aber durch die Männer der Technik, durch Eisenkonstrukteure, Maurer und Zimmerer zu einem organischen Ganzen verbunden wurde, ist auch in seiner äußern Gestalt Denkmal einer neuen Zeit, den Völkern kündend vom rastlosen Fortschritt der Menschheit. Inmitten dieser, zu ernstem Streben anspornenden Schau schuf jener freundliche Mann, der Gärtner, erquickende Anlagen mit Blumenpflanzungen, die liebevoll hinüberwinken, um Augen und Nase zu erfreuen. Zu längerem Verweilen nötigt das Innere, die große Kulturschau, unendliche Fülle geleisteter Präzisionsarbeit, mit wahrhaftig nicht geringem Anteil der Buchdrucker, mit Geist und Hand feinsinnig gewoben. Doch darüber nächstens. F. G.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied

August Parries in Hannover

Eingetreten: 17. Mai 1878. — Schlüterische Buchdruckerei (Hannover).

Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung

Die deutsche Arbeiterversicherung gehört, obwohl sie seit über vier Jahrzehnte wirksam ist, noch immer zu den umstrittensten Gebieten der Sozialpolitik. Nicht bei den Arbeitern, obwohl die Arbeiterversicherung bei ihrem Entstehen sehr heftig von ihnen bekämpft wurde. Aus sehr guten Gründen, die allmählich in Wegfall gekommen sind. Um so heftigeren Angriffen ist sie von seiten der Unternehmer ausgesetzt, die immer von neuem mit größtem Geschütz ihre Kanonaden dagegen richten. In der Hauptsache sind es wirtschaftliche Gründe, mit denen die Unternehmer operieren. Die Leistungen der Sozialversicherung werden als zu hoch und die daraus entstehenden, in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegenen Lasten als für die deutsche Wirtschaft nicht länger tragbar bezeichnet. Daneben werden aber auch soziale und ethische Gründe gegen die deutsche Sozialversicherung geltend gemacht, die dahin gehen, daß ihre Leistungen trotz fortgesetzter Erweiterungen die Arbeiter nicht zufriedenstellen, bei ihnen ein Rentenparasitentum erzeugen, das Verantwortungsgefühl, den Willen zur Selbsthilfe und schließlich auch zur schaffenden Arbeit ertöten.

Mit diesen Angriffen gegen die Arbeiter- wie der gesamten Sozialversicherung hat das Unternehmertum deren Weiterentwicklung zwar nicht verhindern können. Das hat seinen guten Grund, indem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse als zu stark und die daraus hervorgehenden sozialen Anforderungen als zu dringend erwiesen, um unberücksichtigt bleiben zu können. Ganz wirkungslos waren aber diese Angriffe doch nicht, wie die Hemmungen zeigen, die sich fortgesetzt den Bestrebungen nach Vereinheitlichung und rationellem Ausbau der deutschen Sozialversicherung entgegenstellten. Das ist nur zu verständlich! Stellte doch schon der frühere Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann in seinem 1913 herausgegebenen Buche „Schadenverhütendes Wirken in der deutschen Arbeiterversicherung" fest, daß diese in ihrer umfassenden Bedeutung und in ihren segensreichen Folgen für die deutsche Volks- und Wehrkraft bei weitem nicht erkannt werde. Selbst in den führenden Kreisen herrschte über Natur und Zweck dieses großen Gesetzgebungserlasses eine erstaunliche Teilnahmslosigkeit und Unwissenheit.

Mit Recht verwies Kaufmann die Gegner der Sozialversicherung auf die durch sie veranlaßten allgemeinen Maßnahmen, den Ausbau der Unfallverhütung, die Fortschritte der Unfallheilbehandlung, die Tuberkulosebekämpfung und ihre Erfolge, auf die vorbildlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen der Krankenkassen, das den Verlust der Erwerbsfähigkeit vorbeugende Heilverfahren der Invalidenversicherung, die Wohnungsfürsorge und andre Wohlfahrtseinrichtungen. Wer alle diese inzwischen weiter ausgebauten Unternehmen und Einrichtungen in ihren sozialen, ethischen, gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Wirkungen unvoreingenommen betrachtet, muß zugeben, daß durch sie nicht nur ungeheure Werte gerettet, sondern auch neu geschaffen wurden, Werte — die in Zahlen nicht auszudrücken sind.

Mit dieser Beurteilung der deutschen Sozialversicherung stehen diejenigen, die in Deutschland für ihren weiteren Ausbau eintreten, nicht allein. Auch im Ausland hat man sich dieser Auffassung anschließen müssen. Das geht aus den Ausführungen des ehemaligen Schatzkanzlers Lloyd George hervor, der zur Begründung der englischen Sozialpolitik ausführte: „Nicht zu spät vielleicht, aber sicher auch nicht zu früh, beginnen wir jetzt, gesunde kaufmännische Grundsätze auf das Leben und die Unternehmungen unsrer Nation anzuwenden. Wir glichen dem kurzsichtigen Kaufmann, der in seiner Gier, große augenfällige Gewinne zu zeigen, sein Geschäft zugrunde richtet, statt es mit Kapital hinreichend zu fundieren. Kein kaufmännisches Geschäft, und wäre es noch so groß und sein Ruf noch so bedeutend, könnte dauernd mit solchen Grundsätzen weiter geführt werden. Einer der wichtigsten Zweige des nationalen Lebens, welchen man aus Mangel an Kapital nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern hat verschmachten lassen, ist die Gesundheit und Kraft der arbeitenden Klassen. Wir stecken jetzt mehr Kapital in diesen Zweig des nationalen Geschäfts, mit vollen Händen und voll Vertrauen, daß es mit der Zeit hohe Zinsen tragen wird, nicht nur durch den zunehmenden Wohlstand und die wachsende Zufriedenheit der Arbeiter, sondern auch den größeren materiellen Gewinn für das ganze Volk."

Es kann nun eingewendet werden, daß diese Ausführungen schon lange zurückliegen und sich seitdem die Verhältnisse geändert haben. Gewiß, der Krieg ist dazwischen gekommen. Aber die Voraussetzungen, von denen man bei Schaffung der deutschen Sozialversicherung ausging, sind nach wie vor in Deutschland wie in allen kapitalistischen Ländern vorhanden. Sie haben sich sogar verschärft. Das beweist der Umstand, daß das Ausland durch die dort auftretenden, den deutschen ähnlichen Verhältnissen gezwungen war, dem von Deutschland mit Einführung der Sozialver-

sicherung gegebenen Beispiel zu folgen, die gleichen sozialen Einrichtungen zu schaffen. Die Sozialversicherung ist daher schon längst nicht mehr nur auf Deutschland beschränkt, sondern sie hat internationale Bedeutung erlangt. Und diese Bedeutung ist im Steigen begriffen. Daraus geht aber hervor, daß nicht nur das deutsche Unternehmertum soziale Lasten zu tragen hat, sondern auch die Unternehmer andrer Länder, diesen also besondere Vorteile, die ihre Wettbewerbsfähigkeit begünstigen könnten, nicht zur Verfügung stehen. Eine Ausnahme hiervon macht nur Amerika. Doch sind hier die Löhne der Arbeiter so wesentlich höher als in Deutschland, daß dadurch ein mehr wie ausreichender Ausgleich geschaffen wird.

Die Sozialversicherung stellt, oberflächlich betrachtet, eine volkswirtschaftlich erhebliche Belastung dar. Sieht man jedoch näher zu, so erweist sich diese Beurteilung als hinfällig. Was hier als Belastung erscheint, würde durch eine etwaige Beseitigung oder Einschränkung der Sozialversicherung weder aufgehoben noch vermindert, weil ihre Kosten ganz zwangsläufig mit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Erhaltung der Arbeitskraft für die Produktion ganz untrennbar verbunden sind. Denken wir uns einmal die Sozialversicherung in Wegfall! Die Folge wäre, wie der jetzige Präsident des Reichsversicherungsamts Schäffer in einem Aufsatz in Nr. 249 der Kartei des Arbeitsrechts treffend ausführt, daß in diesem Falle die Löhne der Arbeiter wesentlich höher sein müßten als sie jetzt sind, um die durch Krankheit, Alter, Invalidität und Betriebsunfälle veranlaßten Notstände zu lindern. Und mit Recht stellt er fest, daß die Arbeiterschaft wie die Unternehmer bei Bestehen der Sozialversicherung zweifellos besser wegkommen, als es ohne diese der Fall wäre, da eine öffentlichrechtlich organisierte Hilfe in solchen Notlagen im allgemeinen besser und billiger funktioniert, als wenn der einzelne ganz auf Selbsthilfe angewiesen wäre. Das ist eine durch hinlängliche Erfahrungen belegte Tatsache, die auch von den Arbeitern widerspruchslos anerkannt wird.

Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, sind die Sozialasten, d. h. die Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Unternehmer, nichts andres als Lohnanteile, die in jedem Falle für die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Arbeiter ausgegeben werden müssen. Als solche gehen sie der Wirtschaft nicht verloren, sondern fördern diese vielmehr durch ihre konzentrierte Verwendung in der Sozialversicherung in ungleich höherem Maße, als es ohne deren Bestehen bei Verausgabung als Einzelaufwendungen geschehen könnte. Wirtschaft und Sozialversicherung stehen hiernach in ständiger Wechselwirkung miteinander. Die Wirtschaft bildet die Grundlage für die Sozialversicherung, sie ist aber auch deren Nutznießerin. Hiervon ausgehend betont denn auch Schäffer, daß ohne die deutsche Sozialversicherung die deutsche Wirtschaft in der Vorkriegszeit nicht so hoch gekommen wäre und eine gute Sozialversicherung auch heute wieder die Wegbereiterin für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft ist.

Mit diesen wirtschaftlichen Vorzügen ist natürlich die Bedeutung der deutschen Sozialversicherung nicht erschöpft. Sie dient nicht nur zur Erhaltung der Arbeitskraft, sondern auch der Pflege und Hebung der allgemeinen Volksgesundheit. Es braucht in dieser Hinsicht nur auf die Tätigkeit der Krankenkassen in bezug auf rationelle Heilbehandlung, Krankenhaus- und Rekonvaleszentenpflege, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge hingewiesen zu werden. In ähnlicher Weise wirken die Träger der Invaliden- und Angestelltenversicherung wie auch der Unfallversicherung. In richtiger Erkenntnis, daß die wirksamste Krankheitsbekämpfung in ihrer Verhütung und entsprechenden vorbeugenden Maßnahmen besteht, haben die genannten Versicherungsträger diese vorbeugende Tätigkeit überall in den Vordergrund gestellt. Die erzielten Erfolge befürworten deren Fortsetzung. Ist es doch dadurch gelungen, die Tuberkulosegefahr wie auch die Geschlechtskrankheiten, die während der Kriegs- und Nachkriegszeit eine beängstigende Verbreitung gewonnen, ganz erheblich einzudämmen. Allein auf die Selbsthilfe angewiesen, würden diese Erfolge niemals erreicht werden.

Die sozialen Vorteile der Sozialversicherung sind leicht einzusehen. Ihre Aufgabe besteht darin, den sozial schwächeren Volkskreisen einen Rückhalt für die Wechselfälle des Lebens zu bieten, sie gegen die Folgen der Erwerbsunfähigkeit sowie durch die neu hinzugekommene Arbeitslosenversicherung auch gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Insbesondere die Arbeiter können eines derartigen Rückhalts nicht entbehren, gestattet doch ihr Einkommen und ihre sich darauf aufbauende Existenz in den wenigsten Fällen, ausreichende Rücklagen vorzunehmen, um über die Zeit der Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbslosigkeit wirtschaftlich ungeschwächt hinwegzukommen. Durch die Gewährung dieses leider vielfach noch sehr schwachen Rückfalls gewinnt die deutsche Sozialversicherung auch eine ethische Bedeutung. Der seelische Druck, der auf dem Arbeiter infolge der Unsicherheit seiner Existenz lastet, erfährt durch sie eine gewisse Verminderung. Er geht nicht in der ständigen Sorge unter, bei Eintritt von Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit vor einem leeren Nichts zu stehen. Das ist ein außerordentlich hoch zu veranschlagender Gewinn.

Daß die Leistungen der deutschen Sozialversicherung das Selbsthilfebestreben und Verantwortlichkeitsgefühl der Versicherten beeinträchtigen, ist eine völlig haltlose Behauptung. Dazu sind diese Leistungen viel zu gering. Daß es Elemente gibt, die diesen Eindruck erwecken, braucht nicht bestritten zu werden. Derartig entwurzelte, psychisch minderwertige und moralisch haltlose Menschen hat es immer gegeben. Sie sind aber nicht nur in den Reihen der Arbeiter vorhanden. Wenn man nach Schmarotzer- und Parasitenexistenzen suchen will, so findet man sie gerade in besonders reicher Auswahl in den sogenannten besseren Volkskreisen. Soweit die Arbeiter in Betracht kommen, hat gerade die Sozialversicherung eine gegenteilige Wirkung ausgeübt. Durch ihre sozialen und ethischen Einflüsse hat sie das Selbstbewußtsein wie auch das Verantwortungsgefühl bei den Arbeitern beträchtlich gesteigert. Sehr zum Leidwesen des Unternehmertums, das es lieber sehen würde, es mit einer knechtseligen, sich seiner Willkür widerspruchslos unterwerfenden Arbeiterschaft zu tun zu haben. Diese Zeiten sind aber vorüber, und sie werden nicht wiederkehren! Die Arbeiter lassen daher an dem Bestand der deutschen Sozialversicherung nicht rütteln, und sie werden nicht aufhören, mit allen Kräften auf ihren weiteren Ausbau hinzuwirken. Mattutat.

Korrespondenzen

Altenburg. In unsrer Versammlung am 28. April, die mittelmäßig besucht war, wurde neben wichtigen Mitteilungen der Kartellbericht sowie der Kassenbericht vom ersten Quartal entgegengenommen. Der Kassenbericht zeigte die Rekordziffer der Zugereisten, was durch die gute Konjunktur bedingt ist, und es kam zum Ausdruck, daß wohl eine höhere Zulage zu tragen gewesen wäre als sie der Schiedsspruch vorgesehen hat (einzelne kleinere Betriebe haben das wohl getan, nur die größeren und zahlungsfähigeren nicht). Anschließend hielt unser Gauvorsteher Mislaug (Weimar) ein Referat über „Lohnpolitik und Wirtschaft". In diesem führte er den Anwesenden die letzten Lohnverhandlungen vor Augen. An Hand von reichem Zahlenmaterial (höherer Umsatz und niedrigere Löhne) bewies er, daß die heutige Wirtschaft wohl in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen, und ging damit auf unsre letzte Lohnbewegung über. Mit den Worten, alles daran zu setzen und am 20. Mai dafür zu sorgen, daß es gelinge, auch das Reichsarbeitsministerium mit einem arbeiterfreundlichen und für die Nöte der breiten Masse Verständnis zeigenden Minister zu besetzen, beendete er seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Die Aussprache, an welcher sich mehrere Redner beteiligten, zeigte im allgemeinen Einverständnis mit den Ausführungen und beschränkte sich nur auf den Wunsch, bei einer neuen Bewegung nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern sie zum siegreichen Ende zu führen, was durch sofortigen Ausbau unsres Verbandes zur Kampforganisation zu bewerkstelligen ist. Informatorische Auskünfte über das Gaujubiläum am 2. und 3. Juni in Weimar sowie sonstige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der etwas zu lange dauernden Versammlung.

Essen. (Stereotypeure.) Am 15. April fand in Bochum unsre Versammlung statt, die gut besucht war. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen und der Aufnahme eines Kollegen, wurde unser neues Lohnabkommen eifrig von beiden Seiten beleuchtet. Auch wurde den Kollegen anheimgegeben, den Stereotypeurtag in Köln am 24. Juni restlos zu besuchen, da eine Besichtigung der „Pressa" vorgesehen ist. Es wurde beschlossen, Fragebogen herauszugeben, um so eine bessere Übersicht zu erlangen. Unter „Technischem" wurden einzelne Fragen aus der Versammlung heraus zur Zufriedenheit der betreffenden Kollegen beantwortet.

M. **Freiburg i. Br.** Um den Mitgliedern der Fachausschüsse Gelegenheit zum mündlichen Austausch der bei der Durchführung der Lehrlingsordnung gemachten Erfahrungen sowie zu einer Aussprache über die bei den Eignungs- und Zwischenprüfungen angewandten Methoden zu bieten, hatte der Gauvorstand die Vertreter der Fachausschüsse in Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz zu einer Konferenz eingeladen, die am 22. April in Freiburg stattfand. Daran nahmen auch die Bezirksvorsteher und vom Gauvorstand der Vorsitzende sowie der Schriftführer teil. Einleitend führte Kollege Sandfort aus, daß die Abhaltung dieser Konferenz aus dem Grunde zweckmäßig sei, damit die Fachausschußvertreter gegenseitig aus der Praxis lernen. Aus den Berichten, die von den einzelnen Vertretern gegeben wurden, ging hervor, daß in den Fachausschüssen fruchtbringende Arbeit geleistet wurde, die freilich teilweise recht schwierig war. Es waren mannigfache Widerstände zu überwinden, besonders aus dem Prinzipalslager. Kollege Häffele gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Fachausschusses bei der Handwerkskammer Karlsruhe. Er wies auf die Fülle von Kleinarbeit hin, die geleistet werden mußte, um die Lehrlingsordnung zur Durchführung zu bringen. Das Zusammenarbeiten mit den Prinzipalen sei jetzt ein gutes. Kollege Häffele machte interessante Ausführungen über die Eignungs-, Zwischen- und Gehilfenprüfungen, die sämtlich vom Fachausschuß vorgenommen werden. Bei der Eignungsprüfung wirkt das Berufsberatungsamt nicht mit. Die Finanzierung des Fachausschusses geschieht nur durch die Prüfungsgelder, da die Handwerkskammer sich passiv verhält. Bei Überschreitungen der Lehrlingsskala greift die Handwerkskammer sofort ein. Angestrebt müsse werden, daß die Mitglieder der Fachausschüsse Ausweise erhalten, damit sie die Betriebe besichtigen können, um sich über die Ausbildung der Lehrlinge zu unterrichten. Kollege Bender berichtete, daß der Fachausschuß in Baden-Baden ziemlich stark durch Überschreitungen der Lehrlingsskala beschäftigt wurde. Er bedauerte, daß dort noch keine Fachschule vorhanden sei. Eignungs- und Zwischenprüfungen werden vom Fachausschuß vorgenommen; die ersteren sollten möglichst frühzeitig vorgenommen werden, damit für den Beruf Untaugliche sich noch um andre Lehrstellen bemühen können. Die Finanzierung des Fachausschusses geschieht durch die Prüfungsgelder. Kollege Menz vom Fachausschuß Freiburg schilderte die Schwierigkeiten bei Einführung der Lehrlingsordnung, weil die Prinzipale hierfür sehr wenig Interesse zeigten. In einigen Orten des Handwerkskammerbezirks hat sich hierin bis heute leider noch nichts geändert, und bedauerlich ist es, daß es sich auch um Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins handelt. Kollege Menz berichtete über die Abhaltung der Eignungs- und Zwischenprüfungen und die dabei angewandten Methoden. Bei der Eignungsprüfung wirkt der Berufsberater mit. Dem Gauvorstand wurde gedankt, daß er den Fachausschußvertretern Gelegenheit gegeben habe, durch eine Aussprache die Arbeitsweise in den einzelnen Fachausschüssen sowie die bei den Prüfungen angewandten Methoden kennen zu lernen. Angeregt wurde, daß sich die Fachausschüsse mit der Ausarbeitung eines neuzeitlichen Lehrvertrags befassen möchten, da zum Teil ziemlich veraltete in Gebrauch seien. Kollege Umland berichtete, daß im Konstanzer Fachausschuß die Zusammenarbeit mit den Prinzipalen wie auch mit der Handwerkskammer gut sei. Die Durchführung der Lehrlingsordnung verursachte in den Landdruckorten ziemlich Arbeit. Bei den Zwischenprüfungen wurden gute Resultate erzielt. Die Finanzierung geschieht durch die Handwerkskammer, welche zu diesem Zweck die Prüfungsgebühren einzieht. Kollege Umland wies noch auf den Mißstand hin, daß verschiedene Prinzipale junge Leute, die unsern Beruf erlernen wollen, zuerst als Hilfsarbeiter beschäftigten, um sie dann später als Lehrlinge einzuschieben. Nachdem noch einige Bezirksvorsteher sich zu den einzelnen Fragen geäußert hatten, gab Kollege Maier (Karlsruhe) einen interessanten Bericht über eine Besichtigung der Zuchthausdruckerei in Bruchsal; die Besichtigung wurde ermöglicht, weil sich ein Insasse der Gehilfenprüfung unterziehen wollte und aus diesem Grunde ein Gehilfen- sowie ein Prinzipalsvertreter sich von der Ausbildung überzeugen wollten. Da die letztere ganz einseitig ist, so wurde das Gesuch abgelehnt. Im Schlußwort konnte der Vorsitzende feststellen, daß durch die gegenseitige Aussprache manche Anregungen gegeben wurden, die nun von den Fachausschußvertretern in die Praxis umgesetzt werden könnten. Die Konferenz habe ihren Zweck vollauf erfüllt. Für die von den Fachausschußmitgliedern geleistete Arbeit wurde denselben der Dank ausgesprochen. Mit der Konferenz war eine Ausstellung von Gehilfenprüfungsarbeiten sowie von Arbeiten aus der Fachschule in Karlsruhe verbunden, die sehr lehrreich war. Aus den Gehilfenprüfungsarbeiten konnte man ersehen, wie mangelhaft manche Lehrlingsausbildung war, während anderseits auch sehr gute Arbeiten ausgestellt waren.

Görlitz. (Vierteljahrsbericht.) Am 14. Januar wurde im Anschluß an die Versammlung das 50jährige Verbandsjubiläum des Kollegen Hübel unter starker Beteiligung der Kollegen mit ihren Damen gefeiert. Zahlreiche Glückwünsche aus dem Reiche waren für den Jubilar eingetroffen. Der Gesangverein „Gutenberg" hatte sich zur Verfügung gestellt, um seinem Liedermeister, der dem Verein 30 Jahre lang sein musikalisches Können in aufopferungsvoller Weise gewidmet hatte, gebührend zu ehren. Ein Tanzkränzchen beschloß die würdige Feier. — In der Februarversammlung hörten wir einen Vortrag des Gewerkschaftsangestellten Ressel „Was bringt das Arbeitsgerichtsgesetz". — Ebenso wurde die Märzversammlung interessant gestaltet, indem uns Kollege Freitag aus gut zusammengetragenem Material Wissenswertes über „Pensionierungsgesetz, Angestelltenversicherung, Invalidenversicherung" zu Gehör brachte. Alle drei Versammlungen waren gut besucht.

Halle a. d. S. Am 22. April fand unsre Frühjahrs-Bezirksversammlung statt. Am Vormittag brachte die Mergenthaler Setzmaschinenfabrik ihren lehrreichen Werkfilm „Die Linotype" (Geschichte, Herstellung und Arbeitsweise) in der Schauburg zur Vorführung. Der Gesangverein „Gutenberg" erfreute die Kollegen mit einem Begrüßungslied. Nach einer Ouvertüre des Schauburg-Orchesters und kurzer Begrüßung hielt Herr Fr. Schröder einen einleitenden Vortrag, an den sich dann der Werkfilm anschloß. Den Veranstaltern auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung. Während diese Veranstaltung sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte, muß von der Bezirksversammlung am Nachmittag das Gegenteil konstatiert werden. Von 179 Teilnehmern stellte Halle 76, die andern sechs Bezirksorte 103. Die Mitteilungen des Vorsitzenden trugen mehr informatorischen Charakter. Im Vordergrunde stand der Vortrag des Kollegen Otto Höhne (Berlin) über das zeitgemäße Thema „Technik und Rationalisierung", der allgemeine Anerkennung fand. Ausgehend von den primitivsten Handwerkszeugen zeigte er die Entwicklung der Technik im allgemeinen und deren Auswirkung für die Arbeiterschaft. Besonders beschäftigte sich der Referent mit der maschinellen Entwicklung in unserm Beruf, die keine Abteilung verschont habe, auch mit Neuerungen, die die Zukunft noch in ihrem Schoße birgt, an deren Vervollkommnung aber unablässig gearbeitet wird. Die Folgen der fortschreitenden Technik sind Vermehrung der Produktion, Steigerung der Gewinne und Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft. In enger Verbindung hiermit steht die Rationalisierung der Betriebe. Intensivere Arbeitsweise bringt frühzeitigeren Kräfteverbrauch und wirkt sich auch auf die Gesundheitsverhältnisse aus. Der Referent wies auf Amerika hin, wo die Arbeiter durch höhere Löhne an der Entwicklung beteiligt sind; die Arbeitslosenfrage suche man dort durch Arbeitszeitverkürzung zu regeln, was auch bei uns die beste Lösung sein dürfte. Neben andern gewerkschaftlichen Fragen streifte er auch den Schiedsspruch und zog hieraus die Schlüsse für die Einstellung des Verbandsvorstandes. Um gleichberechtigt in der Wirtschaft bestehen zu können, sei es Pflicht jeden Arbeiters, dafür zu sorgen, daß die Entscheidung am 20. Mai so ausfällt, daß die Arbeiter damit zufrieden sind. Da eine Diskussion nicht gewünscht wurde, ersuchte der Vorsitzende um Vermeidung von Überstunden, da durch die Rationalisierung an Personal gespart, bei eintretender Arbeit aber Überstunden verlangt würden; es müßten vor allem die Arbeitslosen untergebracht werden. Die Berichte aus den einzelnen Ortsvereinen zeigten, daß die Maßnahmen der Verbandsleitung zur Durchführung gebracht wurden und überall gute Disziplin herrschte; wenn hier Einzelausnahmefälle zu verzeichnen waren, so lagen solche auf der andern Seite auch bei Rücknahme der Kündigungen vor. In seinem Schlußwort wies der Vorsitzende auf die Jubiläumsfeier des Halleschen Ortsvereins am 21. und 22. Juli hin und ersuchte um stärkere Mitarbeit am Verbandsleben zum Wohle des Ganzen. — Ein sich anschließender Unterhaltungsabend hielt die Kollegen noch lange zusammen.

Halle a. d. S. Unsre Versammlung am 27. April hatte nicht den Besuch aufzuweisen, den man erwartet hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende das Andenken eines verstorbenen älteren Kollegen, die Versammlung erwies ihm die übliche Ehre. An einer

besonderen Tafel hatten die Neuausgelernten Platz genommen, die der Vorsitzende als neue Kollegen begrüßte und sie auf die Pflichten als Gewerkschaftsmitglieder hinwies. Ein Kollege, der den gewerkschaftlichen Anforderungen nicht entsprochen hatte, mußte dem Gauvorstand zum Ausschluß empfohlen werden. Die Maifeier wurde ohne Debatte erledigt, über zwei Drittel der Kollegen stimmten für Arbeitsruhe, während ein großer Teil überhaupt nicht abstimmte. Ein Antrag, solche Überstunden vor dem 1. Mai nicht zu gestatten, die die vorherige Herstellung der Zeitung für den 1. Mai bezwecken, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende machte noch auf verschiedene Veranstaltungen, so an der Volkshochschule, die „Pressa" in Köln usw., aufmerksam und widmete der Lehrlingsabteilung einige ernste Worte. Der Vorstand hat sich veranlaßt gesehen, sich in einem Rundschreiben an die Eltern der Lehrlinge zu wenden, um ihnen den Zweck der Einrichtung vor Augen zu führen, damit sie ihre Söhne zum Besuch der Übungsabende anhalten, die gleiche Einwirkung wird auch von der Gehilfenschaft erwartet. Zum Schluß hielt Kollege Gustav Mendorf, Sekretär des Allgemeinen Konsumvereins, einen Vortrag: „Die Bedeutung der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung". Er behandelte die Entwicklung des Genossenschaftswesens und zeigte, welche Aufgaben moderne Konsumbetriebe zu erfüllen in der Lage sind. Die größten Produktionsstätten der Großeinkaufsgenossenschaft wurden uns im Bilde vorgeführt, auch erhielten wir einen Einblick in den Arbeitsprozeß vieler Betriebe; auch humorvolle Bilder fehlten nicht. Die Volksfürsorge warb ebenfalls durch Wort und Bild für ihre Einrichtungen.

Hannover. In unsrer Generalversammlung am 24. April berichtete Vorsitzender Lücke über das abgelaufene Geschäftsjahr und hob die markantesten Ereignisse hervor. Aus dem Kassenbericht, den Kollege Ehrhardt gab, war zu ersehen, daß auch das Jahr 1927 als ein günstiges bezeichnet werden kann, da im Lokalverein 79 360 Beiträge geleistet wurden, gegenüber 72 492 im Jahre 1926. In der Debatte kamen die verschiedensten Auffassungen über die Aufgaben unsres Verbandes zum Ausdruck. Während ein Redner äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten verlangte, um ein möglichst hohes Invalidengeld für die Veteranen des Verbandes zu ermöglichen, wurde von kommunistischer Seite empfohlen, die Gelder des Verbandes nur zum Kampf zu verwenden, denn dann erübrige sich die Invalidenunterstützung, da der neue, von uns eroberte Staat dann für eine ausreichende Sicherstellung aller Arbeitsinvaliden sorgen werde. In der anschließenden Wahl des Vorstandes wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Zum 1. Mai wurde als würdigste Feier die völlige Arbeitsruhe empfohlen, doch blieb es den Betrieben überlassen, die Art der Durchführung nach der Eigenart der betreffenden Betriebe zu regeln. Unter „Verschiedenem" wurde die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Gegenstand einer ergiebigen Aussprache gemacht, wobei unsern Freunden von ganz links einige bittere, aber notwendige Wahrheiten über den unseligen Bruderkampf, der zur Freude aller Reaktionäre tobt, gesagt wurden.

h. **Schweinfurt.** Am 29. April fand in Gerolzhofen unsre Frühjahrs-Bezirksversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreuen konnte. Kollege Schuhmacher (Würzburg) referierte über das Thema „Der Kampf um die Invalidenrente", zugleich die künftigen Wahlen streifend. Mit Interesse lauschten die Anwesenden den Ausführungen, und der Referent erntete reichen Beifall. Nach den Berichten der Vertrauensleute aus den einzelnen Druckorten wird im allgemeinen die neue minimale Lohnerhöhung gezahlt. In der Kollegenschaft herrscht durchweg Mißstimmung über die Geringfügigkeit der Lohnzulage.

Sebnitz. Unsre Jahres-Hauptversammlung am 21. April hatte leider nicht den Besuch zu verzeichnen, den man hätte erwarten können. Vorstands- und Kassenbericht fanden allseitige Anerkennung. Die Vereinstätigkeit war sehr rege. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt, Dank und Vertrauen ausgesprochen und der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Die Arbeitsmarktlage ist zufriedenstellend. Wir wollen hoffen, daß sich das Interesse für unsre beruflichen Fragen hebt und vor allen Dingen ein besseres kollegiales Verhältnis im neuen Vereinsjahr anbahnt.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfungen im Bezirk Frankfurt a. M. Wie uns der Vorsitzende der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe für den Bezirk Frankfurt a. M. mitteilt, finden die nächsten Meisterprüfungen für diesen Bezirk (Kreise Frankfurt a. M., Obertaunus, Usingen und Biedenkopf) voraussichtlich im Juni d. J. in Frankfurt a. M. statt. Anmeldungen hierzu sind mit den nötigen Unterlagen: 1. eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 2. Geburtsurkunde, 3. Gesellenbrief, 4. Nachweis dreijähriger praktischer Gehilfenzeit, 5. Zeugnis gewerblicher Unterrichtsanstalten, 6. polizeiliches Führungszeugnis, an den Vorsitzenden der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe, Herrn Konrad Enck, Frankfurt a. M., Geschäftsstelle Große Gallusstraße 2, bis spätestens Mittwoch, den 30. Mai 1928, einzureichen.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verbande im Monat April erstreckte sich auf 204 Mitgliedschaften. 28 von diesen mit 1509 Mitgliedern sandten keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliederzahl betrug 80 530 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 2198 (gegen 2063 im März). Verkürzt arbeiteten 176 Mitglieder (gegen 163 im März), und zwar bis zu 8 Stunden 136, 9 bis 16 Stunden 12, 17 bis 24 Stunden 27 Mitglieder, 25 und mehr Stunden ein Mitglied.

Zum Konflikt in der „Deutschen Zeitung" in Berlin. Unter den Nachwehen unsrer letzten Lohnbewegung stellt die Maßregelung ihrer gesamten organisierten Gehilfen durch die Geschäftsstelle der „Deutschen Zeitung" in Berlin einen besonders krassen Fall von Unternehmerwillkür dar. Diese Druckerei war von jeher eine Hochburg der gelben Bewegung. Verbandsmitglieder waren immer schon verpönt; höchstens Gutenbergbündler wurden der „Ehre" für würdig befunden, dem Betrieb der „Deutschen Zeitung" ihre Arbeitskraft verkaufen zu dürfen. Seit dem Abschluß der Lohnbewegung ist jedoch auch diesen die Arbeitsgelegenheit dort versperrt, weil angeblich die Kündigungen durch die Gehilfen zu spät zurückgenommen sein sollten. Seitdem gilt die Druckerei der „Deutschen Zeitung" sowohl für Verbandsmitglieder wie auch für Gutenbergbündler als gesperrt. Die von beiden Gehilfenorganisationen veröffentlichten Sperrenotizen erfüllen ihre Wirkungen in einem Maße, wie es sich die Geschäftsleitung nicht hat träumen lassen. Wie groß ihre Nöte sind, um dienstwillige Arbeitskräfte zu ködern, das geht aus mehreren in unsern Händen befindlichen verheißungsvollen Angeboten an Gehilfen aus Berlin und von auswärts hervor, von denen die Geschäftsleitung gehört haben will, „daß Sie nicht abgeneigt sind, in Berlin eine Stellung anzunehmen". Alle Versuche der „Deutschen Zeitung" — dieser Bannerträgerin der Gelben —, ihren Personalbestand aufzufüllen, werden an dem ausgeprägten Solidaritätsbewußtsein der Buchdrucker zu schanden werden!

Polizeilich beglaubigte Agonie der „Prinzipalskasse". Wie wir der „Papierzeitung" entnehmen, wird zurzeit an die invaliden Mitglieder der sogenannten Prinzipalskasse (Allgemeine Deutsche Buchdrucker-Unterstützungskasse), über deren Verfall wir in den Nummern 30 und 32 schon berichtet haben, ein langer Fragebogen versandt, dessen Beantwortung den Beweis erbringen soll, ob die Betreffenden besonders hilfsbedürftig und auf weitere Unterstützung angewiesen sind. Nur für solche Fälle will der Deutsche Buchdrucker-Verein nochmals Mittel auf einige Jahre bereitstellen. Der Gewährsmann der „Papierzeitung" schreibt dazu: „Es berührt viele der Betroffenen peinlich, daß die Beantwortung dieses Fragebogens, die über alle verwandtschaftlichen und Einkommensverhältnisse ausführlich Auskunft geben soll, von der Polizeibehörde beglaubigt sein muß, wenn sie wirksam werden soll."

Das Buchdruckgewerbe als Industrie oder Handwerk? Auf Antrag der Industrie- und Handelskammer Berlin hat vor einiger Zeit der Oberpräsident für die Provinz Brandenburg und von Berlin den Versuch unternommen, zu einer einheitlichen Abgrenzung der Begriffe Industrie oder Handwerk für das Buchdruckgewerbe zu kommen. Der Versuch ist jedoch gescheitert. Es war nicht möglich, die starken Meinungsverschiedenheiten der Vertreter aus Industrie und Handwerk zu überbrücken. Es wird daher auch in Zukunft in Streitfällen je nach den Betriebsverhältnissen von Fall zu Fall entschieden. Beachtenswert ist jedoch, daß vom Oberpräsidenten bereits mehrere Großbetriebe des Buchdruckgewerbes als Handwerksbetriebe erklärt worden sind. Die aus solchen Entscheidungen abzuleitenden Richtlinien werden gegenwärtig von der Berliner Industrie- und Handelskammer zusammengestellt und sollen alsbald veröffentlicht werden, wovon wir an dieser Stelle zu gegebener Zeit ebenfalls Notiz nehmen werden

Die öffentliche Hand im deutschen Buchdruckgewerbe. Nach Feststellungen bzw. Angaben des Syndikus des Kreises VII (Sachsen) des Deutschen Buchdrucker-Vereins bestehen im ganzen Deutschen Reiche zurzeit über 400 Regiebetriebe der öffentlichen Hand (Reich, Länder und Gemeinden), teilweise mit mehreren tausend Arbeitern.

Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Jahre 1927 472 869. Die Einnahmen betrugen über 46 Millionen, gegen 41 Millionen im Vorjahre. Noch erheblicher stiegen aber die Ausgaben auf allen Gebieten. Die Zahl der mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheiten stieg auf 315 296, die Zahl der Krankenunterstützungstage auf 8 497 198, gegen 7 616 000 im Vorjahre. Die Ausgaben an Krankengeld sind von 12 955 000 M. auf 15 498 000 M., also um 2½ Millionen Mark gestiegen. Auf jedes Mitglied entfielen an Krankengeld 1927 32,78, 1926 26,37 M. Jedes Mitglied kostete also 6,31 M. nur an Krankengeld mehr. Die Kosten der Krankenhauspflege sind über einhalb Millionen Mark gestiegen, ebenso haben sich die Kosten der Ausgaben für Wochenhilfe ganz erheblich gesteigert. Seit 1919 hat eine Steigerung der Unterstützungstage um 50 Proz. stattgefunden. Die Lungenkrankheiten sind, wenn auch unbedeutend, zurückgegangen. Dagegen ist, entgegen allen Erwartungen, die Zahl der arbeitsunfähigen Geschlechtskranken etwas gestiegen. Stärker als durch Tuberkulose und durch Geschlechtskrankheiten wird die Kasse in Anspruch genommen durch Nerven- und Verdauungskrankheiten sowie durch Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane. Für Nervenkranke wurden 958 301 Unterstützungstage, für Verdauungskranke 987 292 und für Rheumatiker 721 154 Unterstützungstage gezahlt. Während die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle von Jahr zu Jahr steigt, ist es erfreulich, daß die Zahl der Sterbefälle zurückgeht. Die Zahl der Gestorbenen betrug im Jahre 1919 4958, 1927 nur 3438. Auf je 100 Kassenmitglieder entfallen Gestorbene 1919 1,42, 1927 0,88 bei den männlichen, bei den weiblichen 1919 0,70, 1927 0,60. Die Zahl der Heilstättenbehandlungen ist ebenfalls erheblich gestiegen. Die acht Heilstätten der Krankenkasse sind ununterbrochen besetzt, die Kasse belegt auch Plätze in Heilstätten andrer Kassen und in größerem Umfange auch in Privatsanatorien. Die Kosten der ärztlichen Behandlung, Arzneien und der ärztlichen Sachleistungen sind ebenfalls ganz gewaltig gestiegen und betrugen für Mitglieder und Familienangehörige im vorigen Jahre pro Kopf 19,90 M. Das Arzthonorar beträgt für das Jahr 1928 9,75 RM., für die Jahre 1929 und 1930 11 RM. Es ist also gegenüber 1914, wo es 5 M. betrug, schon jetzt um 100 Proz. gestiegen.

Betriebsunfälle. Wie die „Buchdruckerwoche" mitteilt, geriet in Rostock ein Drucker mit dem Mittel- und Ringfinger unter das Messer der Papierschneidemaschine und verlor diese je bis zur Hälfte. — In Lindenberg (Algäu) wurde dem Drucker Johann Unützer bei dem Versuch, eine Störung an der Schnellpresse zu beseitigen, der Kopf derart zwischen die Räder geklemmt, daß der Tod sofort eintrat.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Besserung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Monats April weitere Fortschritte gemacht. Wenn auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nicht ganz so stark abgenommen hat wie in den vorhergehenden 14 Tagen, so sank sie doch von 844 800 am 15. April auf 729 300 am 30. April, also um rund 115 000 oder um 13,7 Proz. Dieser Rückgang entfällt mit 113 200 fast ausschließlich auf die Männer, während sich die Zahl der unterstützten Frauen nur um 2300 (gleich 1,5 Proz.) verringert hat. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung, die bisher nur langsam zurückgegangen ist, weist diesmal einen erheblich stärkeren Rückgang auf. Sie sank in der Berichtszeit von rund 182 000 auf 162 000 oder um 11 Proz. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist in der zweiten Hälfte des Monats April wiederum gestiegen, und zwar um 2,9 Proz. Sie betrug am 30. April rund 90 000. Davon waren vorher in der Arbeitslosenversicherung 69 500, in der Krisenunterstützung 20 700. Auf 100 Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung entfielen somit 9,5 auf 100 Hauptunterstützungsempfänger, in der Krisenunterstützung 12,8 Notstandsarbeiter. Das Tempo im Rückgang der Arbeitslosenziffern hat sich demnach etwas verlangsamt, aber das ist begreiflich, da die landwirtschaftlichen Arbeiten bereits voll in Angriff genommen sind. Verhältnismäßig kräftig ist trotzdem noch immer die Abnahme der Arbeitslosenziffern in den landwirtschaftlichen Gebieten wie Schlesien und Pommern. Eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger ist in Westfalen festzustellen, was wohl hauptsächlich auf die Schwierigkeiten in der Textilindustrie zurückgeführt werden muß; doch erlaubt diese Zunahme der Arbeitslosenziffer noch keinerlei Schluß auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß in der Zeit von Mitte bis Ende April rund 200 000 Hauptunterstützungsempfänger weniger vorhanden sind als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar etwa 130 000 weniger in der Arbeitslosenversicherung und etwa 60 000 bis 70 000 weniger in der Krisenfürsorge.

Zur Beachtung für Amateurphotographen. Wer unter beschränkten Umständen zufriedenstellende Resultate in der Amateurphotographie erzielen will, der mache sich die Erfahrungen zunutze, die die „Vereinigung der Arbeiterphotographen Deutschlands", Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, bieten. In deren Gruppen wird von vorzüglichen technischen Leitern mit reichem Anschauungsmaterial und in geeigneten Räumen jedem Arbeiter Gelegenheit geboten, sich billiges und gutes Arbeiten anzueignen. Der technische Unterricht, der Austausch der Erfahrungen, verbilligte Anschaffung von Material, die selbst von bürgerlichen Zeitungen als recht gut anerkannte Monatsschrift „Der Arbeiter-Photograph", all das wird jeder Kollege nicht mehr missen wollen, wenn er es kennen gelernt hat.

Verschiedene Eingänge

„Frauenwelt." Eine Halbmonatsschrift. Erscheint an jedem zweiten Sonnabend. Heft 9. Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) 30 Pf. Ausgabe B (mit vollständigem Schnittmusterbogen) 40 Pf. Verlag F. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H. (Berlin).

Abrechnung der Verbandskasse
über das 1. Quartal 1928

Die Einnahmen und Ausgaben in den Gauen beziehen sich auf die Monate Oktober, November, Dezember 1927

Einnahmen:

An Saldovortrag vom 31. Dezember 1927	6 052 443,70 RM.
An Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 4. Quartal 1927 u. sonstigen Einnahmen (Zinsen usw.)	2 174 346,88 RM.
Summa	8 226 790,58 RM.

Ausgaben:

Per Unterstützungen in den Gauen im 4. Quartal 1927, Verwaltung usw.	1 456 186,21 RM.
Per Saldovortrag für 1. April 1928	6 770 604,37 RM.
Summa	8 226 790,58 RM.

Bilanz am 31. März 1928

Aktiva:

An Kassenkonto: Barbestand und Postscheckkonto	10 388,57 RM.
An Bankenkonto: Bankguthaben	2 202 828,50 RM.
An Papierkonto: Vorrat an „Korrespondent"-Papier	16 511,98 RM.
An Hypotheken- und Darlehenkonto: Verschiedene Hypotheken und Darlehen	299 662,44 RM.
An Wertpapierekonto: Bestand an Wertpapieren	2 305 805,— RM.
An Anlagenkonto: Anlagen in Hausgrundstücken usw.	2 295 205,80 RM.
Summa	7 130 402,44 RM.

Passiva:

Per Kontokorrentkonto: Einsendungen der Gaue auf die Überschüsse des 1. Quartals 1928	359 708,07 RM.
Per Verbandskassenkonto: Saldo am 31. März 1928	6 770 604,37 RM.
Summa	7 130 402,44 RM.

Berlin, 18. April 1928. B. Schweinitz, Kassierer.

Vorstehender Kassenabschluß ist revidiert, in geführter Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, 6. Mai 1928.

Die Revisionskommission:
Max Ehling. Franz Siebert. Wilhelm Riesebeck.

Vorstehender Abschluß wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.

Berlin, 10. Mai 1928. Erich Henninger, Bücherrevisor.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat März 1928.

Auf der Reise: 119 Mitglieder.

Ortsunterstützung erhielten 2745 Mitglieder.

An Unterstützungstagen wurden gezählt

Beschäftigungsart:	in der Reiseunterstützung		in der Ortsunterstützung		Unterstützungstage insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Setzer	82	1271	1762	28020	29291
Maschinensetzer	2	18	125	1886	1904
Drucker	33	418	759	10280	10698
Stereotypeure	—	—	32	458	458
Galvanoplastiker	—	—	3	42	42
Korrektoren	—	—	19	404	404
Faktoren	—	—	4	114	114
Schriftgießer	2	56	40	915	971
Stempelschneider	—	—	1	35	35
zusammen	119	1763	2745	42154	43917

Im Unterstützungsbezuge verblieben am 31. März 1928 1053 Mitglieder.

Unterstützungstage im März 1927	25841
Daher mehr Unterstützungstage im März 1928	18076
Unterstützung wurde gezahlt:	
in der Reiseunterstützung	2897,37 RM.
in der Ortsunterstützung	63861,75 RM.
	66759,12 RM.

Arbeitslosenunterstützungstage wurden gezählt:

im ersten Quartale 1927:	116753 Tage
im ersten Quartale 1928:	135789 Tage
mehr im ersten Quartal 1928	19036 Tage

Briefkasten

A. B. in St.: Für die Beantwortung derartiger Fragen ist der örtliche Vorstand zuständig. Die Unterstempelung Ihrer Anfrage läßt uns vermuten, daß Sie von einer Auskunft der genannten Stelle nicht befriedigt sind; wir könnten Ihnen aber auch nur antworten, daß Ihre Auffassung keine tarifliche Grundlage hat. — F. G. in K.: Landung erfolgte 8.15; also geklappt wie vorher ausgerechnet. — W. J. in M.-Gl.: Diese Unduldsamkeit beweist nur eigne Schwäche; kann uns daher gar nicht imponieren. — G. M. in St.: Inf. 807: 5,70 M.

Verbandsnachrichten

Gau Mecklenburg-Lübeck. Die Firma Otto Wessel in Lübeck ist in Konkurs geraten. Vor Stellungannahme ist unbedingt anzufragen bei L. Tahncke, Schwerin i. M., Rostocker Straße 10.

Bezirk Wesel. Der Setzer Erich Saremba aus Rawitsch (Hauptbuchnummer 124 940), zuletzt in Bocholt in Kondition, wird aufgefordert, seine Reste zu begleichen und den Betrag von 20 M. an den Bezirkskassierer Gotthilf Meyer, Wesel, Hinterberger Straße 23, einzusenden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Erfurt. Der Typographsetzer Heinrich Placke, geb. 16. Juni 1908 in Gosmold (Hauptbuchnummer 187 646), am 12. April von Zella-Mehlis abgereist, wird ersucht, sein Verbandsbuch an Kollegen A. Siegel, Erfurt, Storchmühlenweg 6, einzusenden, damit die in Zella-Mehlis geleisteten Beiträge eingetragen werden können.

Adressenveränderungen

Pasewalk. Vorsitzender und Kassierer: Paul Wollmuth, Gartenstraße 5.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Prenzlau. Der Kollege Samuel Perl, geb. am 31. Dezember 1903 in Preßburg (Tschechoslowakei), wird dringend um Angabe seines jetzigen Wohnsitzes an den Kassierer Lorenz Kraciszewski, Prenzlau (Um.), Alexanderhöhe 4, gebeten. (Betrifft Raubüberfall in Prenzlau im Herbst vorigen Jahres, wobei dem P. seine Papiere sowie andres mehr gestohlen worden sind.) Die Funktionäre werden gebeten, den P. eventuell davon in Kenntnis zu setzen.

Versammlungskalender

Aschersleben. Versammlung Sonnabend, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im „Bestehorn-Haus" (Zimmer 5).

Bielefeld. Korrektorenversammlung Montag, den 21. Mai, abends 6 Uhr, im Restaurant Kamp, Herforder Straße 5.

Chemnitz. Druckerversammlung Sonnabend, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Thalia", Sonnenstraße.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Druckerversammlung Freitag, den 18. Mai, nachmittags 5½ Uhr, im „Goldenen Pfau", Bilbeler Straße 26.

Gera. Versammlung Sonnabend, den 19. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Ostvorstädtischen Turnhalle" (kleiner Saal).

Langensalza. Versammlung Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".

Markneukirchen. Versammlung Montag, den 21. Mai, abends 5½ Uhr, im „Daheim", Erlbacher Straße.

☞ Infolge eines erlittenen Unfalls ist Kollege Robert Braun (Berlin) nicht in der Lage, von ihm für die nächste Zeit übernommene Referate zu halten.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im vierten Quartal 1927

1. Streik- und Maßregelungsunterstützung erhielten 13 Mitglieder für 289 Tage.
2. Umzugsbeihilfen erhielten 185 Mitglieder.
3. Ordnungsstrafen zahlten 7 Mitglieder.
4. Rechtsschutz erhielten je ein Mitglied in den Gauen Hamburg-Altona und Hannover.
5. Als Invaliden wurden anerkannt und erhielten Unterstützungen: Im Gau Bayern: 1. der 54jährige Drucker Joseph Löfflath aus Augsburg (hochgradige allgemeine Nervosität und Herzleiden), 2. der 69jährige Setzer Eduard Wolfbauer aus München (Magen- und Darmleiden), 3. der 68jährige Redakteur Fritz Dittmann aus Würzburg (Arterienverkalkung), 4. der 50jährige Setzer August Vogt aus Donauwörth (hochgradige Nervosität), 5. der 65jährige Drucker Kaspar Schnader aus Hirschaid (Lähmung nach Schlaganfall), 6. der 50jährige Setzer Heinrich Linse aus Nördlingen (Nervenerkrankung), 7. der 73jährige Setzer Franz Lipp aus München (Altersbeschwerden), 8. der 34jährige Setzer Jakob Müller aus Mallersdorf (Herz- und Lungenleiden); im Gau Berlin: 9. der 72jährige Setzer Heinrich Rahn aus Strelitz (Arteriosklerose), 10. der 71jährige Setzer Hermann Klück aus Drossen (Arteriosklerose und Rheumatismus), 11. der 68jährige Korrektor Max Kügler aus Gr.-Glogau (Arteriosklerose und Blasenleiden), 12. der 68jährige Setzer Paul Seeger aus Rogasen (Arteriosklerose), 13. der 54jährige Setzer Max Beutler aus Berlin (Augenleiden), 14. der 69jährige Setzer Emil Preß aus Friedland (Arteriosklerose), 15. der 70jährige Setzer Albert Wucke aus Angermünde (Arteriosklerose), 16. der 74jährige Setzer Hermann Krause aus Magdeburg (Arteriosklerose), 17. der 70jährige Setzer Paul Heltmann aus Berlin (Arteriosklerose), 18. der 67jährige Setzer August Homa aus Grünberg in Schlesien (Arteriosklerose), 19. der 67jährige Setzer Oskar Saffe aus Berlin (Herzleiden und Arteriosklerose), 20. der 63jährige Setzer Hugo Paul aus Berlin (Arteriosklerose), 21. der 69jährige Stereotypeur Theodor Nieleck aus Xanten a. Rh. (Arteriosklerose), 22. der 64jährige Drucker Alwin Schröder aus Leipzig (Gicht und Gefäßverkalkung), 23. der 57jährige Gießer Karl Treitschke aus Reudnitz (Herzleiden und Folgen von Gelenkrheumatismus), 24. der 52jährige Setzer Hans Lies aus Braunschweig (Gemütsleiden), 25. der 68jährige Maschinensetzer Theodor Thiem aus Haltauf (Arteriosklerose), 26. der 69jährige Setzer Klaus Drews aus Rübbel (Oberschenkelamputation), 27. der 62jährige Setzer Richard Brämer aus Stolp i. Pomm. (Arteriosklerose und Nervenleiden), 28. der 79jährige Setzer Hermann Müller aus Anklam (Arteriosklerose), 29. der 73jährige Setzer Hugo Müller aus Berlin (Folgen eines Oberarmbruchs und Arteriosklerose); im Gau Dresden: 30. der 66jährige Setzer Franz Rötsche aus Dresden (Alterserscheinungen und nervöse Erschöpfung), 31. der 66jährige Setzer Hermann Prox aus Leipzig (Alterserscheinungen), 32. der 65jährige Setzer Theodor Günzel aus Linden (Gehirnapoplexie und halbseitige Lähmung), 33. der 71jährige Setzer Richard Schönfelder aus Dresden (Altersbeschwerden), 34. der 61jährige Drucker Richard Hammer aus Dresden (Alterserscheinungen), 35. der 58jährige Drucker Richard Hanisch aus Freiberg (Neurasthenie), 36. der 56jährige Setzer Hermann Kühn aus Liegnitz (Herz- und Nervenleiden), 37. der 53jährige Setzer Bernhard Pause aus Leipzig-Reudnitz (Lungentuberkulose), 38. der 61jährige Drucker Ernst Dimme aus Weimar (Bleivergiftung, chronischer Rheumatismus), 39. der 68jährige Setzer Alwin Böhmer aus Ebersdorf bei Löbau (Altersschwäche und Aderverkalkung, Schwerhörigkeit und doppelseitiger Leistenbruch); im Gau Erzgebirge-Vogtland: 40. der 68jährige Faktor Reinhold Timme aus Dresden (Herzaderverkalkung und sonstige Altersbeschwerden), 41. der 66jährige Setzer Robert Rülke aus Köthensdorf (Asthma, Rheuma), 42. der 54jährige Maschinensetzer Robert Laux aus Lichtenstein (grauer Star); im Gau Frankfurt-Hessen: 43. der 77jährige Setzer Heinrich Krieger aus Marburg a. d. L. (Alterserscheinungen), 44. der 72jährige Setzer Johann Weinkötz aus Fürth i. Odenwald (Herzmuskelschwäche), 45. der 67jährige Setzer Christian Busch aus Wiesbaden (Arterienverkalkung), 46. der 66jährige Setzer Philipp Bescher aus Kirchheimbolanden (Lungenblähung, chron. Bronchialkatarrh, Herzschwäche, doppelseitiger Leistenbruch und chron. Kniegelenkserkrankung), 47. der 66jährige Gießer Michael Dorn aus Siegenburg (Arterienverkalkung), 48. der 58jährige Setzer Albert Nowack aus Görlitz (Herzmuskel- und allgemeine Körperschwäche), 49. der 58jährige Setzer Jean Georg Kirchner aus Kassel (Bronchialkatarrh), 50. der 72jährige Setzer Leonhard Engel aus Homburg v. d. H. (Altersschwäche), 51. der 63jährige Gießer Georg Fay aus Klein-Schwalbach (Magenleiden); im Gau Hamburg-Altona: 52. der 67jährige Korrektor Herm. Alex. Brucker aus Bad Ischl (Herzleiden), 53. der 55jährige Korrektor Emil Gubitz aus Posen (Lungentuberkulose), 54. der 71jährige Setzer Andreas Hermann aus Pyritz (Arterienverkalkung), 55. der 65jährige Setzer G. Bauersfeld aus Altona (Arteriosklerose), 56. der 66jährige Setzer C. A. Oelmann aus Altdamm (Arteriosklerose), 57. der 69jährige Setzer C. H. W. Stuht aus Hamburg (Folgeerscheinungen schwerer Darmblutungen und Arteriosklerose), 58. der 69jährige Setzer Friedrich Groß aus Zurzach (Neurasthenie, Herzschwäche), 59. der 69jährige Setzer Max Vogel aus Großröhrsdorf (chron. Rheuma und Bronchitis, Herzmuskelerkrankung), 60. der 68jährige Stereotypeur H. W. Sommer aus Weitfeld (Schulterausrenkung als Unfallfolge und Altersbeschwerden); im Gau Hannover: 61. der 72jährige Setzer Eduard Kanowsky aus Gumbinnen (Sehschwäche), 62. der 54jährige Setzer Robert Eggelsmann aus Krefeld (Bleivergiftung), 63. der 65jährige Setzer August Hammersen aus Osnabrück (Folgen eines Gehirnschlags), 64. der 66jährige Setzer Karl Hunte aus Osnabrück (Unterschenkelbruch), 65. der 60jährige Setzer Johann Schulze aus Osnabrück (Sehschwäche), 66. der 65jährige Drucker Wilhelm Ahrens aus Hannover (Herzfehler und Aderverkalkung), 67. der 66jährige Setzer Adolf Beck aus Hannover (Aderverkalkung), 68. der 66jährige Setzer Wilhelm Uthe aus Hannover (Gefäßverkalkung); im Gau Leipzig: 69. der 72jährige Gießer Emil Winkler aus Leipzig (Arterienverkalkung), 70. der 74jährige Setzer Hermann Weingart aus Greußen i. Thür. (Luftröhrenkatarrh, Asthma und Arterienverkalkung), 71. der 69jährige Gießer Karl Weichhart aus Straubing (Herzmuskelentartung), 72. der 63jährige Korrektor Alfred Kunath aus Leipzig (Arterienverkalkung), 73. der 72jährige Setzer Karl Müller aus Schkeuditz (allgemeine Schwäche), 74. der 69jährige Setzer Karl Jung aus Hildburghausen (Gefäßverkalkung), 75. der 76jährige Setzer Hugo Becker aus Leipzig (Altersbeschwerden), 76. der 76jährige Drucker August Günther aus Leipzig-Stötteritz (Arterienverkalkung und Altersschwäche), 77. der 70jährige Setzer Artur Gottschalk aus Leipzig (Altersschwäche), 78. der 78jährige Setzer Gustav Gemeinhardt aus Penau (organisches Hirnleiden), 79. Der 59jährige Stempelschneider Georg Wagner aus Bielefeld (Arteriosklerose, Emphysem und chron. Bronchialkatarrh), 80. der 68jährige Setzer Bernhard Heise aus Gaubitsch (Nervenleiden), 81. der 64jährige Setzer Hermann Krause aus Grimma (Arteriosklerose); im Gau Mecklenburg-Lübeck: 82. der 62jährige Setzer Karl Kleinfeld aus Wismar (Lungenleiden), 83. der 65jährige Drucker Heinrich Gelz aus Rostock (Arteriosklerose und chron. Gelenkrheumatismus), 84. der 72jährige Setzer Heinrich Krüger aus Rostock (Arteriosklerose); im Gau Mittelrhein: 85. der 60jährige Setzer Ludwig Scherf aus Katzenelnbogen (chron. Magen- und Darmleiden, Schlagaderverhärtung), 86. der 57jährige Maschinensetzer Christian Bach aus Wald-Michelbach (Asthma), 87. der 67jährige Setzer Johann Wohlgemuth aus Oberlauterbach (Altersschwäche), 88. der 66jährige Setzer Theophil Feuerpeil aus Neuwied (Beinleiden); im Gau Oberrhein: 89. der 68jährige Setzer Anton v. Czudnochowski aus St. Goar a. Rh. (Augenleiden); im Odergau: 90. der 70jährige Faktor Karl Zinke aus Belzig (Gedächtnisschwäche), 91. der 61jährige Setzer Franz Welbezahl aus Gotha (Venenleiden), 92. der 66jährige Drucker Rudolf Puls aus Lüneburg (Herzleiden), 93. der 65jährige Setzer Otto Engel aus Sprottau (Rückenmarksleiden); im Gau Ostpreußen: 94. der 70jährige Drucker Wilhelm Hennig aus Fräuleinhof (Gicht); im Gau Rheinland-Westfalen: 95. der 66jährige Setzer Louis Oxendorf aus Bernburg (Venenentzündung und Arteriosklerose), 96. der 67jährige Stereotypeur Georg Zitzer aus Wehe bei Wiesbaden (Arterienverkalkung), 97. der 66jährige Setzer Matthias Rollin aus Trier (Bluterkrankung), 98. der 55jährige Setzer Edmund Mertens aus Aachen (Herzverkalkung), 99. der 51jährige Setzer Bernhard Klink aus Gröbzig (Ob.-Schl.) (Rückenmarkserkrankung), 100. der 47jährige Setzer Quirin Wachten aus Aachen (Nervenschwäche), 101. der 61jährige Setzer Michael Jensen aus Köln (Arterienverkalkung), 102. der 62jährige Setzer Franz Dahmen aus Bonn (Herz- und Leberleiden), 103. der 58jährige Setzer Karl Kaiser aus Iserlohn (Arterienverkalkung); im Gau An der Saale: 104. der 57jährige Setzer Karl Baculat aus Zeitz (Lähmung der Hände), 105. der 65jährige Setzer Paul Heinz aus Freiberg i. Sa. (Schlaganfall); 106. der 67jährige Setzer Karl Eduard Lille aus Altenbüchlingen (Linsenlosigkeit auf dem rechten und beginnender grauer Star auf dem linken Auge), 107. der 68jährige Drucker August Meißner aus Magdeburg (Darm- und Magenleiden, Altersbronchitis), 108. der 58jährige Setzer Otto Böttcher aus Halle an der Saale (Herzmuskelentartung), 109. der 58jährige Drucker Bernhard Schilling aus Leipzig (Amputation eines Beines infolge Gangräns); im Gau Schlesien: 110. der 64jährige Drucker Julius Petersilie aus Breslau (Rückenmarksleiden, Herzadererkrankung und Gesichtsneuralgie), im Gau Schleswig-Holstein: 111. der 66jährige Setzer August Peschel aus Brieg (Plattfußbeschwerden), 112. der 57jährige Setzer Anton Lanwermeyer aus Ibbenbüren (asthmatische Beschwerden und Krampfanfälle, Arterienverkalkung); im Gau Thüringen: 113. der 65jährige Setzer Eduard Scheppna aus Erfurt (Nervenschwäche, starke Schwerhörigkeit, Unterernährung), 114. der 71jährige Setzer Otto Herling aus Leipzig (Mittelohrvereiterung und Altersschwäche), 115. der 74jährige Setzer Oskar Lenke aus Altenburg (chronische Rippenfellentzündung und Lungenschrumpfung), 116. der 65jährige Setzer Walter Weimershaus aus Gera (Amputation des rechten Beins); im Gau Württemberg: 117. der 65jährige Setzer Wilhelm Germann aus Sontheim (Arteriosklerose), 118. der 66jährige Setzer Hermann Feuerstein aus Stuttgart (Unterschenkelgeschwüre), 119. der 69jährige Setzer Wilhelm Bunz aus Plochingen (chron. Rheumatismus und Steifigkeit der Glieder), 120. der 62jährige Korrektor Eduard Staiber aus Stuttgart (Asthma, Bronchitis), 121. der 62jährige Setzer Karl Richter aus Neckargartach (Herzleiden und Gallensteinkolik), 122. der 48jährige Stereotypeur Emil Stumm aus Pforzheim (Wirbelentzündung), 123. der 68jährige Drucker Kaspar Müller aus Schlaibern (Herzleiden und chron. Bronchialasthma), 124. der 68jährige Setzer Ludwig Schmetz aus Aachen (Altersbeschwerden).

Invalidenstand am 30. September 1927: 2045 Invaliden. Neu hinzugekommen 124 Invaliden, wieder in den Bezug der Unterstützung getreten 2, zusammen 2171 Invaliden. Abgang 59 Invaliden (gestorben 52, außer Bezug der Unterstützung getreten 7), verbleiben 2112 Invaliden.

6. Verwaltung: Versandt wurden vier Rundschreiben an die Gauvorstände und zwei Rundschreiben an die Gauvorstände, Gau- und Ortslehrlingsleiter.

7. Geschäftsverkehr: In den Monaten Oktober bis Dezember 1927 sind 3062 Postsendungen eingegangen und 2352 Postsendungen ausgegangen.

Anzeigen

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengespaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Annahmeschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächsterscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent" möglichst nur durch Einzahlung auf das Postscheckkonto Berlin NW Nr. 26810.

Ortsverein Meuselwitz-Lucka

Am 17. Mai (Himmelfahrt) findet aus Anlaß unsres 20. Stiftungsfestes im Gasthaus „Grüne Linde" in Lucka eine

Festversammlung

statt. Alle Kollegen sind hierzu herzlichst eingeladen.

Beginn abends 7 Uhr. Der Vorstand.

Eine Stellung im Druckereikontor

erfordert gründliche Kenntnisse in der Buchführung. Sie erlernen die Druckereibuchführung nach Mäsers neuzeitlicher und eingeführter Methode sicher durch die Beteiligung an einem der neu aufgenommenen

Buchführungs-Fernkurse

Am 11. Juni beginnt der zweite Kursus! Verlangen Sie unverbindlich die Bedingungen und ausführl. Prospekt vom

Verlag Julius Mäser, Leipzig C 1

Für meine moderne Buchdruckwerkstätte

suche ich zum möglichst baldigen Eintritt einen [808

ersten Akzidenzsetzer

der den modernen Satz vollkommen beherrscht, mit eignen Ideen arbeitet und an flottes Arbeiten gewöhnt ist. Herren, welche diesen Bedingungen entsprechen können und denen an Dauerstellung gelegen ist, wollen ihrer Bewerbung Satzmuster beifügen.

Georg Liebe, Roßwein i. Sa.

Linotypesetzer

für alle Systeme vom Ein- bis Vierdecker für sofort gesucht. Angebote mit Lohnforderung und frühestem Eintrittstermin erbeten an [811

„Westfälische Allgemeine Volkszeitung", Dortmund, Kielstraße 5.

Erster Akzidenzsetzer

mit auserlesenem Geschmack in Dauerstellung gesucht. Gleichzeitig stellen wir einen [818

tüchtigen Setzer

und einen

erfahrenen Maschinenmeister

ein. Lebenslauf mit Bild, Lohnansprüche und Muster selbstgefertigter Arbeiten an

Buchdruckerei Gebrüder Neubauer, Ludwigshafen a. Rh.

Wir suchen einen erstklassigen [813

Illustrations- und Farbendrucker

der große Erfahrungen im Bilderdruck hat und mit Bogenanleger Kleim & Ungerer vollständig vertraut ist. Es wollen sich nur Herren bewerben, die gewöhnt sind, selbständig Qualitätsarbeit zu leisten und die den Obermaschinenmeister vertreten können. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Angabe des Lohnanspruchs und des eventuellen Antrittstermins erbeten.

Albert Heine, Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Cottbus (Provinz Brandenburg).

Erstklassiger, älterer Qualitätsdrucker

eventuell Schweizerdegen mit Lehrberechtigung als **Alleiniger** von moderner kleiner Akzidenzdruckerei mit Buchbinderei in Industriestadt Oberhessens in Lebensstelle (Vertrauensposten) bei hohem Gehalt **sofort gesucht.** Zweizimmer-Wohnung vorhanden, später größere Wohnung im eignen Wohnhaus frei.

Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsangaben und Referenzen erbeten an [819

Albert Kraeft, Wetzlar (Lahn), Dillstraße 3.

Dresden! Leipzig! Chemnitz!

Rotationsdrucker

Mitte 30, 18jährige Praxis, 16–64er Maschinen, **vorzüglicher Kenner im Zeitungs-Bilderdruck,** in Tag- und Nachtdienst gehend, sucht sich zu verändern.

Gefl. Angebote mit Lohnangabe unter Nr. 807 an die Geschäftsstelle des „Korr.".

Tüchtiger

Linotypesetzer

zum 29. Mai gesucht. [806

„Emder Zeitung", Emden (Ostfriesland).

Sommerfrische

herrl. am Wald, Berg u. Wasser gelegen. Pensionspreis 4,25 M. **H. Schmidt, Rodishain (Südharz), Post Rottleberode.**

Typographsetzer

für U-B in Dauerstellung gesucht. Nur erfahrene, erste Kräfte, die korrekten Werksatz liefern, wollen sich melden. [805

Anhaltische Buchdruckerei Gutenberg, Dessau.

Tüchtiger, unverheirateter

Maschinenmeister

mit besten Erfahrungen im Illustrations- und Farbendruck, arbeitsfreudige Kraft, in Dauerstellung zu baldigem Antritt gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschrift., Altersangabe, event. frühesten Antritt u. Lohnforderung erbeten an [814

Buchdruckerei C. Brendel, Zeitz.

Metall-Poliergummi Korrigierfeilen

in sechs verschiedenen Größen. **Max Voigt, Leipzig-Stötteritz,** Papiermühlstr. 5 II. Preisl. frei.

Winkelhaken

von 3 M. an liefert **K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1.**

Kurz vor Vollendung seines 71. Lebensjahres wurde uns nach kurzer Krankheit der Abteilungsvorsteher [816

Paul Cari

aus Magdeburg durch den Tod entrissen.

Ehrend wird seiner gern gedenken

Der O.-V. Magdeburg.

Am Dienstag, dem 8. Mai, nur wenige Tage vor seinem 63. Geburtstage, verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker [802

Wilhelm Hupe

nachdem er erst vor kurzem in den Invalidenstand übergetreten war.

Obwohl schwer geprüft durch ein schleichendes Siechtum, nahm er dennoch, soweit es seine Kräfte zuließen, Anteil an unsern Bestrebungen, von innerem Stolz erfüllt, dem Verbande anzugehören.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

O.-V. Halberstadt. Druckervereinigung Halberstadt.

Am 4. Mai verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Setzer [820

Fr. Stumpp

aus Vaihingen a. F., im blühenden Lebensalter von 24 Jahren an Blutvergiftung.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Ortsverein Ludwigshafen a. Rh. Gesangv. „Gutenberg".

Nach langer Krankheit verschied unser lieber Kollege, der Setzer [803

Alois Friebe

aus Essen, im 28. Lebensjahre.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Essener Buchdruckerverein.

Am 22. April verstarb unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [812

Louis Blume

aus Münster i. W., im Alter von 68 Jahren an Herzschwäche.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Ortsverein Düsseldorf.

Am 2. Mai verschied nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [810

Rudolf Weiß

aus Nördlingen, im Alter von 66 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Ortsverein Nördlingen.

Verlag: Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 ◆ Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5
Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 ◆ Fernruf für den „Korrespondent": Berlin, Amt Bergmann 7191, 3141–3145 ◆ Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5